

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22

# Antragspaket

## Juso-Bezirkskonferenz 2015

Bezirkskonferenz 10. Oktober 2015

in Wolfsburg



|    |                                                                                                       |           |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1  | Jusos im Bezirk Braunschweig                                                                          |           |
| 2  | Bezirkskonferenz, 10. Oktober 2015                                                                    |           |
| 3  | <b>A     Arbeitsprogramm</b>                                                                          |           |
| 4  | <b>A 1   Arbeitsprogramm</b>                                                                          | <b>3</b>  |
| 5  | <b>A 2   Gleichstellungsarbeitsprogramm</b>                                                           | <b>22</b> |
| 6  |                                                                                                       |           |
| 7  | <b>AWS   Arbeit Wirtschaft Soziales</b>                                                               |           |
| 8  | <b>AWS1   Arbeit vs. Kapital = David gegen Goliath</b>                                                | <b>28</b> |
| 9  | <b>AWS2   Verkehrssituation rund ums VW-Werk verbessern - ArbeitnehmerInnen, Straßen und</b>          |           |
| 10 | <b>Anwohner entlasten</b>                                                                             | <b>30</b> |
| 11 | <b>AWS3   Modernes Arbeiten: Job-Sharing ausbauen!</b>                                                | <b>32</b> |
| 12 | <b>AWS4   Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!</b>       |           |
| 13 |                                                                                                       | <b>33</b> |
| 14 | <b>AWS5   Forderung eines Konformitätszeichens für nachhaltig soziale Bedingungen für importierte</b> |           |
| 15 | <b>(Handels-)Waren</b>                                                                                | <b>37</b> |
| 16 | <b>AWS6   Politisches Streikrecht in Deutschland einführen</b>                                        | <b>39</b> |
| 17 |                                                                                                       |           |
| 18 | <b>B     Bildung</b>                                                                                  |           |
| 19 | <b>B1     „Bildung heißt Teilhabe" - Die 10 Thesen zum Thema Bildung</b>                              | <b>41</b> |
| 20 |                                                                                                       |           |
| 21 |                                                                                                       |           |
| 22 |                                                                                                       |           |
| 23 |                                                                                                       |           |
| 24 |                                                                                                       |           |
| 25 |                                                                                                       |           |
| 26 |                                                                                                       |           |
| 27 |                                                                                                       |           |
| 28 |                                                                                                       |           |
| 29 |                                                                                                       |           |
| 30 |                                                                                                       |           |
| 31 |                                                                                                       |           |
| 32 |                                                                                                       |           |
| 33 |                                                                                                       |           |
| 34 |                                                                                                       |           |
| 35 |                                                                                                       |           |
| 36 |                                                                                                       |           |
| 37 |                                                                                                       |           |

5 **Weil der Mensch ein Mensch ist! – Bezirksarbeitsprogramm 2015**

6 **Zum Geleit**

7 „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden diskutiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“

8 (Karl Marx)

9 Wir schreiben dieses Bezirksarbeitsprogramm mit der festen Überzeugung, dass eine bessere und  
10 gerechte Gesellschaft möglich ist und dass wir in einer Zeit des Wandels leben. Gerade da wir in  
11 einem Fenster für Veränderungen leben, ist es unklar, wohin die Gesellschaft sich entwickelt.  
12 Nach dem weltpolitischen Umbruch 1989/1990 prägte der Neoliberalismus das menschliche  
13 Handeln.

14 Sozialabbau, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, Steuersenkungen und der Ausverkauf der  
15 öffentlichen Hand waren unter anderem die Folge. In den letzten Jahren wird die  
16 wirtschaftsliberale Vorstellung immer mehr in Frage gestellt und Alternativen werden  
17 eingefordert. Dennoch ist neoliberale Politik keineswegs gestoppt. Deshalb ist es wichtig, nun  
18 entschlossen für einen gesellschaftlichen Wandel zu kämpfen und politische Alternativen zu  
19 entwickeln, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

20 Wir Jusos wollen verändern und gestalten: wir wollen eine gerechtere Weltordnung, mehr  
21 Demokratie und Teilhabe, die Gleichstellung von Männer und Frauen, mehr  
22 Verteilungsgerechtigkeit, die Regulierung der Finanzwirtschaft und eine Politik, die eine Vision  
23 verfolgt, die über die Tagespolitik hinausgeht. Unser Ziel ist ein Leben ohne Ausbeutung und  
24 Entfremdung, eine andere Art des Zusammenlebens, eine neue Gesellschaftsordnung-  
25 der demokratische Sozialismus.

26 Dieses Bezirksarbeitsprogramm ist die **Grundlage der Arbeit** der Jusos im Bezirk Braunschweig.  
27 Es kann nur von den Arbeitsgemeinschaften, den Unterbezirken und der Bezirksebene  
28 gemeinsam umgesetzt werden, wenn alle Gliederungen sich an der Umsetzung des  
29 organisatorischen Gerüsts beteiligen und sich über die gemeinsame Arbeit austauschen.

30 Das erste Kapitel analysiert, wie wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten unsere Gesellschaft  
31 erleben. Hierbei legen wir als politischer Jugendverband den Schwerpunkt auf **die**  
32 **Ungerechtigkeiten und Probleme, die junge Menschen** (alltäglich) in Schule, Beruf, Studium,  
33 Arbeit, Umwelt und in ihrer Freizeit erleben. Die Gesellschaftsanalyse basiert, neben unserem

34 marxistischen Gesellschaftsbild, auf Bruchlinien der Gesellschaft wie Ungerechte Verteilung von  
35 Vermögen und Lebenschancen, gesellschaftliche Diskriminierungen, Arbeit und menschliche  
36 Würde, ungerechte Bildungszugänge, dem kapitalistischen Glücksversprechen, der  
37 gesellschaftlichen Diskriminierung sowie die grundsätzliche Kapitalismuskritik.

38 Das zweite Kapitel fasst **unsere Grundüberzeugungen als linker Jugendverband**, der sich an den  
39 Bedürfnissen und Interessen junger Menschen orientiert, zusammen. Es orientiert sich dabei an  
40 den Grundwerten des demokratischen Sozialismus und an den Inhalten, die wir erforderlich  
41 sehen, um unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten.

Der Organisationsteil fasst unsere Gesellschaftsanalyse sowie Grundwerte in konkrete politische Projekte und Kampagnen für das nächste Jahr.

## I. „Wessen Welt ist die Welt?“ - Die Welt, in der wir leben

„Unsere Gesellschaft spaltet sich immer deutlicher. Viele werden ausgegrenzt. Viele haben sich auch zurückgezogen und innerlich Abschied von der Demokratie und der Politik genommen. Einige, weil sie es sich nicht leisten können, andere, weil die den Glauben an die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse verloren haben. [...] Die Gesellschaft lässt viele junge Menschen auf der Strecke zurück. Und die, die von Haus aus reich an Chancen sind, gehen häufig lieber ihren eigenen Weg anstatt andere mitzunehmen.“ (Beschluss des Juso-Bundeskongresses 2011 in Lübeck)

### **Die Verteilungsfrage – Wer bestimmt was, wo und wann passiert?**

Die Verteilungsfrage teilt sich in 2 Kernkomponenten. Zum einen die klassische Einkommens- und Vermögensverteilung, die sich an der Lorenzkurve ablesen lässt und zum anderen an den vielen Komponenten, die sich von dieser ökonomischen Verteilung ableiten, allen voran die gesellschaftliche Machtfrage.

In Deutschland bekommen die 20% bestentlohten 43,5% des gesamten Einkommens. Die ärmsten 20% müssen sich mit 7,4% des Gesamteinkommens begnügen. Seit Gründung der Bundesrepublik ist diese jährliche Verteilung strukturell stabil. Es ändert sich also seit Jahrzehnten nichts daran, dass wesentliche Teile des Gesamteinkommens der Gesellschaft vergleichsweise wenigen Personen zugeteilt werden.

Wenn man sich vor Augen hält, dass Einkommen jährlich auf diese Art und Weise verteilt wurde, ist es logisch, dass dies einen Einfluss auf die Vermögensverteilung hat. Logischerweise muss Vermögen in den reicheren Teilen der Gesellschaft angehäuft werden, während große Teile der Gesellschaft überhaupt kein Vermögen von ihrem Einkommen aufbauen können. Außerdem ist es logisch, dass die Verteilung von Jahr zu Jahr ungleicher werden muss, wenn die Einkommen immer wieder ungerecht verteilt werden. So besaßen 1970 die reichsten 10% der Deutschen 44% des Vermögens innerhalb der BRD. Bereits

2010 besaßen die 10% reichsten schon 66% des gesamten Vermögens, obwohl das Gesamtvermögen wesentlich größer geworden ist und somit theoretisch die Möglichkeit zur Umverteilung gegeben gewesen wäre. Noch krasser zeigt sich die Vermögensungleichheit, wenn man auf das reichste Prozent schaut. 800.000 Deutsche besitzen 35,8 % während 72.200.000 mit dem Rest begnügen müssen. 50% der Gesellschaft, also 40.000.000 Deutsche besitzen hingegen 1% des Gesamtvermögens.

„Das verfügen über Einkommen schafft spezifische Lebenschancen“ (Max Weber)

Mit diesem lapidaren Satz drückt Max Weber schon vor 100 Jahren aus, was bis heute gilt; Einkommen bringt nicht nur die Möglichkeit auf materiellen Wohlstand mit sich, sondern eröffnet auch Lebenschancen, die ohne nicht zur Verfügung stünden. Einkommen ist somit die wichtigste Ungleichheitsdimension, weil alle anderen direkt von ihr abhängen.

In diesem Wirtschaftssystem durchdringt das Marktprinzip das gesamte Leben. Von dem zur Verfügung stehenden Kapital leitet sich auch die soziale Klasse ab, in der sich ein jeder befindet. In einem System der immer ungleicher werdenden Verteilung von Kapital ist auch die Durchlässigkeit durch diese Klassen immer weniger gegeben. So hängen nicht nur berufliche Zukunftschancen von

1 den monetären Startbedingungen ab, sondern auch der zu erreichende Bildungsabschluss, die  
2 Gesundheit, das Lebensalter und die Teilhabemöglichkeiten innerhalb des demokratischen  
3 Systems. Ungleichheiten werden also nicht über die Zeit abgebaut, sondern werden von  
4 Generation zu Generation weitergegeben.

5 Ziel von uns Jusos muss es sein, eine gerechtere Einkommensverteilung und vor allem auch eine  
6 gerechtere Vermögensverteilung zu erreichen. Diese Aspekte sind unabhängig voneinander zu  
7 betrachten. Es reicht eben nicht aus einen Mindestlohn zu verabschieden, Leih- und Zeitarbeit  
8 zu regulieren und zu glauben deswegen würde sich an der Vermögensverteilung etwas ändern.  
9 Diese Maßnahmen können zwar die aller schlimmsten Exzesse des Kapitalismus abfedern, an  
10 der grundsätzlichen Problematik der auseinander driftenden Vermögen ändern sie aber nichts.  
11 Für uns Jusos ist klar, Ziel jungsozialistischer Politik müssen gleichwertige Lebensbedingungen  
12 für jeden und jede sein.

13

## 14 ***Zu alt, zu männlich, zu „staatstragend“ – Das Dilemma der Sozialdemokratie***

15 Ein Problem der Sozialdemokratie zeigt sich anhand einer strukturellen Analyse des Wahlverhaltens  
16 bestimmter Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 2013. Am stärksten schnitt die Partei  
17 bei Menschen über 60 Jahren (28,4 %) ab, während sie in den Gruppen der Menschen zwischen 25  
18 und 34 sowie 35 und 44 Jahren noch deutlich unter dem Bundesergebnis liegt (21,9 bzw. 21,7 %).  
19 Trotz größerer Zugewinne konnte die Sozialdemokratie in der Gruppe der WählerInnen zwischen  
20 18 und 24 nur 24,5 % erreichen, während die Union hier 31,6 % erzielen konnte. Aus diesen reinen  
21 Zahlen lässt sich schließen, dass die SPD die Menschen, die sich in der „Rush Hour des Lebens“  
22 befinden, trotz inhaltlicher Angebote kaum erreicht beziehungsweise das inhaltliche Angebot nicht  
23 als Alternative zu Merkels Entpolitisierungspolitik angesehen wird.

24 Aus geschlechterspezifischer Analyse wird deutlich, dass nur 25 % aller Wählerinnen die  
25 Sozialdemokratie wählten, während 44,3% von ihnen für die Union votierten. Auch die Grünen  
26 konnten bei Wählerinnen ein besseres Ergebnis (9,6%) erzielen als ihr Gesamtergebnis (8,4%).  
27 Diese Befunde dürfen nicht auf den Kanzlerinnenbonus reduziert werden, weil auf diese Weise das  
28 strukturelle Problem der Sozialdemokratie nicht artikuliert wird. Die SPD wirkt in ihrem Außenbild,  
29 ihrer Führungsgruppe, ihren Diskussionen, ihrer Mitgliedschaft (maximal 30% aller Mitglieder  
30 sind weiblich), ihrer Organisationsform sowie ihres Auftretens zu männlich und zu alt. Diese  
31 Problematik kann nur behoben werden, wenn die Partei bereit ist, ihr Auftreten sowie ihre  
32 Arbeitsweise zu ändern. In diesem Zusammenhang muss die Sozialdemokratie durch spezielle  
33 Mentoringprogramme, eine veränderte Arbeitsweise, der Quotierung sowie ein verändertes  
34 Auftreten ihres Führungspersonals sich ein anderes Gesicht geben, sie muss weiblicher werden.

35

## 36 ***Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ist wirtschaftsfreundlich***

37 Wer wenig hat spart wenig. Dieser einfache Satz beschreibt warum Umverteilung  
38 wirtschaftsfreundlich ist. NiedrigverdienerInnen geben einen großen Teil ihres Einkommens direkt  
39 wieder in den Konsum. Konsum ist der Motor der Wirtschaft. Je weniger Geld bei wenigen Reichen  
40 gehortet und somit dem Wirtschaftskreislauf des Normalbürgers entzogen wird, desto mehr wird  
41 ausgegeben und somit in die Realwirtschaft gegeben. Somit haben in einer gerechteren Verteilung  
42 von Vermögen und Einkommen, nicht nur Arbeitnehmer mehr Geld zur Verfügung, sondern auch  
43 Arbeitgeber können mehr verkaufen.

44 Im Regierungsprogramm der SPD waren, daher Steuererhöhungen enthalten, leider konnten diese  
45 in einer großen Koalition nicht durchgesetzt werden. Dies war ein wesentlicher Grund für viele  
46 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gegen eine Koalition mit der CDU/CSU zu stimmen. Nun  
47 werden Stimmen laut die SPD bräuchte ein wirtschaftsfreundlicheres Profil und man solle doch von

1 Steuererhöhungen abrücken, diese seien unattraktiv für den Wähler. Es wird behauptet durch  
2 einen Wirtschaftsfreundlicheren Kurs könne die SPD wieder in den 30er Turm zurückkehren. Das  
3 Gegenteil ist der Fall. Ende der 1990er Jahre hat die SPD ihr Profil als Arbeitnehmerpartei  
4 verwässert und ist weiter in die „Neue Mitte“ gerückt; damals um aus dem 30er in den 40er Turm  
5 zu klettern. Gipfel dieser Politik sind die Agendareformen, allen voran die Deregulierung des  
6 Arbeitsmarktes und die ALG Reformen. Das Ergebnis dieser Politik sind die heutigen  
7 Wahlergebnisse. Neben der SPD ist die Linke als feste Größe entstanden. Die Bürgerinnen und  
8 Bürger trauen der SPD bis heute keinen echten Politikwechsel, verbunden mit einem kräftigen  
9 Schritt nach links, in eine gerechtere Gesellschaft zu. Das Vertrauen in die SPD als natürliche  
10 Vertretung der Arbeitnehmer/Innen kommt nur sehr langsam wieder zurück und es wird nur  
11 zurückkehren, wenn die SPD konsequent für die Arbeitnehmer/Innen einsteht.

## 12 **Steuerungsmöglichkeiten verhindern, Steuerflucht verhindern!**

13 "Steuervermeidungen", die verhindert werden können, sind eine wesentlich größere  
14 Einnahmequelle für den Staat. Bei jeder Androhung die Steuern für Einkommen und Vermögen zu  
15 erhöhen bzw. einzuführen kommt das "Totschlagargument", dass die Steuerpflichtigen ins Ausland  
16 gehen. Wie es anders gehen könnte, zeigen die USA. US-Bürger sind mit ihrem weltweiten  
17 Einkommen in den USA steuerpflichtig und sogar die Abgabe der US-Staatsbürgerschaft kann für  
18 den Steuerflüchtling sehr kostspielig werden. Wenn deutsche Staatsbürger beispielsweise in die  
19 Schweiz auswandern oder dort ihren Lebensmittelpunkt haben führen sie in der Regel keine  
20 Steuern an deutsche Finanzämter ab. Wenn deutsche Staatsbürger ihre Staatsbürgerschaft ganz  
21 aufgeben, gibt es für Kapitalerträge und Einkommen, die nicht in Deutschland erzielt werden, gar  
22 keine Steuerpflicht mehr.

23 Alle diese Steuerumgehungsmöglichkeiten sind US-Bürgern verwehrt. Staatsbürger der USA sind mit  
24 ihrem weltweiten Einkommen und Vermögen in den USA steuerpflichtig. Dies gilt auch, wenn sie eine  
25 doppelte Staatsbürgerschaft haben und sogar, wenn sie permanent im Ausland leben und

26 Ausschließlich Einkünfte außerhalb der USA haben. Für Gering- und Normalverdiener spielt die  
27 Besteuerung von Einkünften im Ausland jedoch keine nennenswerte Rolle, da es einerseits sehr  
28 hohe Freibeträge (bei Singles bis zu 91.400 US\$ pro Jahr) gibt und andererseits im Ausland gezahlte  
29 Einkommensteuern voll abzugsfähig sind. Wer jedoch zu den Spitzenverdienern zählt und in einem  
30 Land mit niedrigen Steuersätzen lebt, wird in der Regel nahezu den gleichen Steuersatz bezahlen  
31 müssen, als lebte er in den USA und würde sein Einkommen dort beziehen. Bereits seit dem Jahre  
32 1966 erlischt die weltweite Steuerpflicht gegenüber den USA nicht, wenn man die US-  
33 Staatsbürgerschaft abgibt. Ehemalige US-Staatsbürger und ausländische Staatsangehörige, die in  
34 den USA eine permanente Aufenthaltsbewilligung haben, sind auch noch 10 Jahre, nachdem sie  
35 ihren Pass bzw. ihre Greencard abgegeben haben, mit ihrem weltweiten Einkommen und  
36 Vermögen in den USA voll steuerpflichtig. Das "Erpressungspotential bei Steuererhöhungen  
37 auszuwandern ist somit nicht möglich.

38

## 39 **Gute Bildung für alle!**

40 Für uns Jusos ist Bildung vor allem zweierlei: Emanzipation und Teilhabe. Denn gute  
41 Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Emanzipatorische Bildung  
42 bedeutet das alle Menschen dazu befähigt werden kritisch zu denken und Bestehendes zu  
43 hinterfragen. Darüber hinaus muss es für alle die Möglichkeit geben an der Gesellschaft  
44 teilzuhaben und später auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Aus diesem Grund ist die  
45 Chancengleichheit das zentrale Prinzip guter Bildung. Denn diese sollte frei zugänglich  
46 und absolut kostenfrei sein. Bildung muss für alle da sein, unabhängig vom Geldbeutel der  
47 Eltern. Wir wollen ein Bildungssystem in dem alle SchülerInnen, unabhängig von ihrer  
48 Herkunft, die selben Startchancen haben.

1 Fakt ist jedoch: Im deutschen Bildungswesen gibt es einige Strukturen, die  
2 Bildungsungerechtigkeiten reproduzieren. Um das Ziel der Chancengleichheit zu erreichen  
3 ist die gemeinsame Beschulung aller Schülerinnen und Schüler notwendig. Das  
4 dreigliedrige System reproduziert Ungleichheit und verfestigt Undurchlässigkeit. Es dient  
5 in erster Linie der Konservierung von Machtstrukturen innerhalb einer Gesellschaft. Daher  
6 fordern die Jusos eine Schule für alle von der Kita bis zur Uni.

7 Im Bereich Bildung steht die Landesregierung weiterhin vor großen Herausforderungen.  
8 Zunächst begrüßen wir Jusos ausdrücklich die Verbesserungen im Rahmen des  
9 Bildungschancengesetzes, das im Juni im Landtag verabschiedet wurde. Die Abschaffung  
10 der Schullaufbahneempfehlung und die Rückkehr zu G9 waren notwendige und sinnvolle  
11 Schritte, welche auch die Jusos schon seit langer Zeit gefordert haben. Trotzdem gibt es  
12 noch immer einiges zutun. Wir fordern von der Landesregierung unter anderem eine  
13 konsequente Umsetzung der inklusiven Pädagogik, den Ausbau der frühkindlichen  
14 Bildungsmöglichkeiten, bessere Aus- und Weiterbildung von Pädagogen und mehr  
15 Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich der Erwachsenenbildung.

16

## 17 **Für ein solidarisches Europa!**

18 Europa steht am Scheidepunkt. Die steigende Zahl an Asylsuchenden in Europa erfordert  
19 eine neue Form der europäischen Solidarität und Zusammenarbeit. Die derzeitige  
20 Situation offenbart das bisherige Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik. Mittlerweile  
21 wird es allen klar: Dublin II ist gescheitert. Die Staaten der EU müssen endlich  
22 Verantwortung übernehmen und gegenüber den Asylsuchenden Menschlichkeit beweisen.

23

24 Die Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik innerhalb der EU ist letztlich das Symptom  
25 einer gesamteuropäischen Krise. Die Mitgliedsstaaten entfernen sich immer weiter von der  
26 europäischen Idee. Nationalstaatlichkeit rückt wieder in den Vordergrund und völkische  
27 Parteien haben in beinahe allen Staaten Europas Zulauf. Volksabstimmungen über die  
28 Mitgliedschaft in der EU, das Infragestellung des Schengen Raumes und letztlich auch der  
29 Umgang mit Griechenland offenbaren vor allem eines: Ein Mangel an europäischer  
30 Solidarität.

31 Viele Menschen begreifen Europa als eine reine Interessengemeinschaft in  
32 Wirtschaftsfragen. Das ist nicht das Europa, als das wir es begreifen. Wir fordern, dass  
33 nach der Wirtschafts- und Währungsunion nun auch die europäische Sozialunion folgt.  
34 Demzufolge brauchen wir einen europäischen Mindestlohn, ein angeglichenes  
35 Steuersystem und eine Abkehr von der neoliberalen Handels- und Privatisierungspolitik in  
36 Europa.

37 Die Krise Europas ist auch eine Krise der Demokratie. Antidemokratische Tendenzen  
38 prägen einige Staaten Europas und die Bevölkerung scheint den Glauben an die  
39 demokratischen Strukturen zu verlieren (z.B Ungarn). Wir fordern ein entgegenwirken der  
40 Europäischen Union gegenüber einer solchen Entwicklung. Jedoch ist es bedenklich  
41 inwiefern ein Akteur, mit einer ebenfalls fragwürdigen demokratischen Struktur, solche  
42 Gegenmaßnahmen einleiten soll. Aus diesem Grund brauchen wir einen  
43 Demokratisierungsprozess in der EU. Europa braucht endlich ein starkes Parlament,  
44 unabhängig von der Wirkungsmacht der Europäischen Kommission. Nur so kann Europa  
45 endlich den Anforderungen eines demokratischen Subjekts gerecht werden.

# 1    **Arbeit und menschliche Würde**

2    „Arbeit besitzt einen Doppelcharakter. Zum einen ist sie lohnabhängige Erwerbsarbeit [...]. Zum anderen ist sie die  
3    Tätigkeit, [...] durch welche sich die Menschen [...] selbst verwirklichen können.“

4    (Jusos 2008: Für eine Linke der Zukunft- Thesen zur jungsozialistischer Politik)

## 5    **Der Doppelcharakter der Erwerbsarbeit**

6    In der kapitalistischen Gesellschaft spielt die Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle, weil sie  
7    gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, den Lebensunterhalt sichert und Menschen grundsätzlich.  
8    eine Identifikation ermöglicht. Dementsprechend gehen unsere Sozialsysteme von der Zentralität  
9    der Arbeit aus und sollen Erwerbsausfälle, die aus Arbeitslosigkeit und dem Renteneintritt  
10   resultieren, kompensieren. Dennoch besitzt Arbeit einen Doppelcharakter. Wer keiner  
11   Erwerbstätigkeit nachgehen kann, wird sozial sowie gesellschaftlich isoliert. Arbeit führt im  
12   Rahmen der kapitalistischen Verwertungslogik zu Ausbeutung und unsicheren  
13   Beschäftigungsverhältnissen, da sich Arbeit und Kapital gegenüber stehen. Deshalb müssen wir  
14   im Rahmen des gesellschaftlichen Status quo alles tun, um die Erwerbsarbeit zu humanisieren  
15   und unsichere („atypische“ Beschäftigungsverhältnisse) zu bekämpfen.

## 16   **Die Erosion von Normalbeschäftigungsverhältnissen**

17   Die Erwerbsarbeit hat sich jedoch in der Vergangenheit verändert. Es gibt eine steigende Anzahl an  
18   prekärer Beschäftigung auch in der SPD und einen Trend weg von klassischen Beschäftigungsverhältnissen.  
19   Hinzu kommt eine steigende Zukunftsunsicherheit durch befristete Arbeitsverhältnisse, vor allem für viele  
20   junge Menschen sowie Frauen.  
21   Der Wandel der Arbeit zeigt sich neben der so genannten „Prekarisierung“ anhand weiterer  
22   Merkmale wie der Einführung von Werkverträgen, der Leiharbeit, der Niedriglöhne sowie der  
23   immer weiter steigenden Teilzeitarbeit, die unserem Prinzip der guten Arbeit, das sich der Würde  
24   des Menschen verpflichtet fühlt, widersprechen. In diesem Zusammenhang muss explizit darauf  
25   hingewiesen werden, dass sich die zahlreichen neuen Beschäftigungsverhältnisse in großen Teilen  
26   auf die so genannten Minijobs sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse konzentrieren.

## 27   **Die Humanisierung der Arbeit**

28   Durch die bereits angesprochenen prekären Verhältnisse in der heutigen Arbeitswelt wird es vielen  
29   Menschen unmöglich gemacht, sich selbst mit ihrer Arbeit zu identifizieren bzw. die Arbeit zu  
30   verfolgen, die für jede und jeden die individuelle Selbsterfüllung bedeuten. Auf diese Entfremdung  
31   muss die Sozialdemokratie Antworten finden, die abseits des neoliberalen Dogmas nach  
32   wirtschaftlichen Zwängen und des Drucks aus dem internationalen Welthandels befinden.  
33   Schließlich geht es uns darum, den Menschen in unserer Gesellschaft eine Möglichkeit aufzuzeigen,  
34   wie man in einem zentralen Bereich des menschlichen Lebens - der Arbeitswelt - soziale Reformen  
35   auf den Weg bringen kann, die in eine Verbesserung des eigenen Lebensstandards münden. Die  
36   Antwort liegt letztlich in einer menschlicheren Gestaltung oder kurz Humanisierung der  
37   Arbeitswelt.

38   Dabei darf die Humanisierung allerdings nicht allein auf die Begriffe Mindestlohn und Regulierung  
39   der Leiharbeit wie von unserer Mutterpartei reduziert werden. Beide Themen sind natürlich richtig  
40   und wichtig. Sie dürfen in ihrer Bedeutung innerhalb des großen Themenkomplexes  
41   „Humanisierung der Arbeit“ jedoch nicht überbewertet werden. So gibt es neben der Lohn- und  
42   Gehaltspolitik noch Themen wie demokratische Beteiligungsformen für Belegschaften,  
43   Arbeitszeitverkürzungen, Anhebung des gesetzlichen Mindesturlaubsanspruchs, Finanzierung und  
44   Ausgestaltungen von Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen, der Eigentumsverhältnisse an



1 Produktionsmitteln und viele weitere Themen, die in diesem Rahmen beachtet werden müssen.  
2 Dabei dürfen unsere Instrumente jedoch nicht nur umverteilen, sondern sie müssen wirtschaftliche  
3 Prozesse steuern. Deswegen muss sich sozialistische Reformpolitik auch mit der zentralen Frage,  
4 wer entscheidet was wann wie produziert wird, auseinander setzen und Lösungsansätze  
5 entwickeln.

6

## 7 **Die Arbeitsversicherung gestalten**

8 „Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist klar, dass der Flickenteppich der sozialen Sicherung in  
9 Deutschland stark reformbedürftig ist.  
10 „Unsere sozialen Sicherungssysteme gehören zu den leistungsfähigsten der Welt“ (Zitat Andrea Nahles), und  
11 trotzdem gibt es Menschen die keinerlei Leistungsanspruch haben und wortwörtlich in der Gosse landen.  
12 Diverse Gesetze mit unterschiedlichen Anspruchsvoraussetzungen sollen den Regelbedarf zur Sicherung  
13 des Lebensunterhaltes und den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt sichern. In der Realität werden die  
14 hilfebedürftigen Menschen, unter Umständen von Behörde zu Behörde verwiesen und müssen langwierige  
15 Prüfverfahren durchstehen. Eine Entbürokratisierung würde nicht nur den hilfsbedürftigen Menschen zu Gute  
16 kommen, sondern auch die Mitarbeiter der Behörden entlasten.  
17 Die bisherige Höhe der Sozialleistungen ist menschenunwürdig, es ist quasi unmöglich den täglichen Bedarf  
18 zu decken.  
19 Wir fordern daher eine weitreichende Reform, wenn nicht sogar komplette Neufassung, der  
20 Sozialgesetzbücher.  
21 Auch die Notwendigkeit des Einsatzes von Zwangsmitteln (Sanktionen) könnte dadurch reduziert werden.  
22  
23 Bisher berücksichtigen die Sozialsysteme die Veränderungen der Arbeitswelt nicht ausreichend.  
24 Der moderne Mensch hat einen Bedarf nach Auszeiten, Arbeitszeitreduzierungen, Fortbildungen und  
25 Qualifizierungen. Deswegen wollen wir die Sozialdemokratie zur Ausgestaltung und Konkretisierung der  
26 Arbeitsversicherung bewegen.  
27 Die Arbeitsversicherung soll die Risiken von beruflichen Übergängen und Erwerbsunterbrechungen  
28 absichern und gleichzeitig Chancen für Neuanfänge und berufliches Fortkommen verbessern. Das Recht auf  
29 Weiterbildung soll der Kern einer solchen Arbeitsversicherung sein. Damit einhergehend ist das Recht auf  
30 Freistellung sowie Entgeltfortzahlung in der Qualifizierungsphase.  
31 Mit einer neuen Arbeitsversicherung kann Arbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden, bevor sie entsteht.“  
32

## 33 **Don't Fight the player, Fight the game!**

34

## 35 **Strukturmerkmale des Finanzmarktkapitalismus**

36 Der Finanzmarktkapitalismus ist primär durch vollkommen entfesselte Finanzmärkte geprägt. Der Fokus des  
37 Systems liegt nicht mehr auf der Industrie, sondern auf Dienstleistungen, insbesondere  
38 Finanzdienstleistungen. Durch Automatisierung und die digitale Revolution werden immer mehr klassische  
39 Industriebereiche zu Randgruppen. Somit sind neben flexiblen Wechselkursen, globalem Freihandel und  
40 deregulierten Märkten, die Erosion der Arbeitsverhältnisse und die damit einhergehende  
41 Überindividualisierung der Gesellschaft ebenso systemimmanent. Der den Fordismus prägende  
42 Wohlfahrtsstaat ("Welfare-State") wird zu Gunsten eines "Workfare-State" immer mehr abgebaut.  
43 Mit der Überindividualisierung der Gesellschaft gehen auch die klassische Klassenwidersprüche und vor  
44 allem das Klassenbewusstsein verloren. Es entstand eine Vielzahl von Milieus, die in sich gekehrte,  
45 voneinander abgeschottete, Ökosysteme bildeten. In Folge dessen wurde der gesellschaftlichen Linken,  
46 deren Stärke die Größe der von ihr vertretenden Klasse und das Bewusstsein der Klasse für ihre Stärke  
47 darstellt, die Schlagkraft genommen.

## 48 ***Die Diskreditierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Alternativen zum*** 49 ***Neoliberalismus nach 1989/1990 und Entideologisierung***

1 Der Kapitalismus und die ihn politisch vertretenden Neoliberalen formulierten die  
2 Alternativlosigkeit des Kapitalismus. Die für den Finanzmarktkapitalismus systemimmanentem  
3 Gesetzmäßigkeiten wie Privatisierungen, Überindividualisierung und vor allem die Globalisierung  
4 wurden von den Neoliberalen zu Naturgesetzen verklärt und die politische Ideologie  
5 "Neoliberalismus" somit gezielt entideologisiert.

## 6 **Die politische Ideologie des Finanzmarktkapitalismus: Der Neoliberalismus**

7 Finanzmarktkapitalismus und Neoliberalismus sind nicht das gleiche. Der  
8 Finanzmarktkapitalismus ist die gegenwärtige Entwicklungsform des Kapitalismus. Der  
9 Neoliberalismus ist hingegen eine spezifische politische Ideologie, eine Form des Liberalismus.  
10 Der Neoliberalismus bzw. seine VertreterInnen kämpfen politisch und wirtschaftlich für den  
11 Finanzmarktkapitalismus, für den Abbau des Sozialstaats, für die Globalisierung und die  
12 Verflechtung der Finanzmärkte, für einen schwachen Staat und für deregulierte Märkte.

## 13 **Das Glücksversprechen des Finanzmarktkapitalismus**

14 Im Jahr 2013 haben wir uns mit dem kapitalistischen Glücksversprechen auseinander gesetzt. Der  
15 Kapitalismus verspricht Glück durch Konsum von immer neuen Waren, dabei ist dieses  
16 Glücksmoment nur von temporärer Natur. Diese imaginierte Befriedigung von materiellen  
17 Bedürfnissen hat die Folge, dass die Menschen die Folgen des Finanzmarktkapitalismus für ihre  
18 Arbeitsverhältnisse nicht mehr wahrnehmen oder ernst nehmen. Der Kapitalismus hat somit die  
19 schrittweise Entrechtung der ArbeiterInnen durch immer neue "schöne" Produkte verschleiert.

## 20 **Freiheitsbegriff des Finanzmarktkapitalismus**

21 Der Freiheitsbegriff des Finanzmarktkapitalismus und des Neoliberalismus stellt entgegen aller  
22 anderen Formen irgendeiner liberalen politischen Ideologie nicht mehr die Emanzipation des  
23 Menschen durch individuelle Freiheit in den Fokus der politischen Arbeit, sondern sieht die  
24 ökonomische Freiheit als Voraussetzung für alle anderen Formen der Freiheit. Diese Freiheit ist  
25 nichts anderes als ein Daseinskampf. Nur der bzw. die (ökonomisch) Stärkste kann auch im  
26 restlichen Leben frei entfalten. Auch dies trägt zur Überindividualisierung der Gesellschaft bei.

## 27 **Kapitalismus führt zu Diskriminierung**

28 Rassismus darf man nicht entkoppelt vom Kapitalismus betrachten und bewerten. Um rassistische  
29 Erscheinungen analysieren zu können, ist es wichtig sie nicht als Ausdruck individueller Dummheit  
30 im gesellschaftlichen Überbau zu deuten, sondern ihre Ursachen in der Wechselwirkung von  
31 herrschenden Verhältnissen und den in ihr vergesellschafteten Individuen in der kapitalistischen  
32 Basis zu betrachten.

33 Im Kapitalismus ist das Individuum ständigen Zwängen ausgesetzt. Menschen sind gezwungen ihre  
34 Arbeitskraft zu verkaufen und sich den sozialen Normen einer Gesellschaft, besonders im Kampf um  
35 die eigene Existenz zu beugen. Wer zu sehr aus dem Raster fällt, hat es spätestens auf dem

36 Arbeitsmarkt sehr schwer. Schon ab dem Kindesalter wird Anpassung, um sich die bestmögliche  
37 Position im kapitalistischen System zu erarbeiten, gelehrt.

38 Da Menschen jedoch höchst unterschiedliche Wesen sind, sich in diesem System mit seinem  
39 Wettbewerb aber bestmöglich anpassen müssen, müssen sie oft ihre ureigene Persönlichkeit zu  
40 Gunsten einer bestmöglichen Verwertung im Kapitalismus unterdrücken. Dies kann zu einer, oft nur

41 im Unterbewusstsein auftretende Störungen der Selbstwahrnehmung bis hin zu großen  
42 Selbstzweifeln führen. Um sich das Selbstbild zu erhalten und sich nicht des eigenen Zustandes der  
43 gescheiterten Persönlichkeit bewusst zu werden, suchen viele die Selbstbestätigung in der

1 selbstgeschaffenen Konstruktion von Nation und Rasse. In vermeintlichen  
2 Schicksalsgemeinschaften, in denen sich die Individuen nicht mehr als konkurrierende Subjekte im  
3 kapitalistischen Verwertungszusammenhang gegenüberstehen, sondern sich einbilden können,  
4 dass sie in friedlicher Partnerschaft zusammen stehen, schaffen sie sich die Illusion einer  
5 gelungenen Selbstbestätigung. Nebenbei wird in dieser Fluchtwelt auch vermeintlich die  
6 kapitalistische Diskrepanz zwischen Bourgeois und Citoyen aufgehoben.

7 Dadurch, dass sich soziale Gruppen in der Regel durch Abgrenzung, also durch das was sie nicht  
8 sind und auch nicht sein wollen, definieren, wird automatisch kollektiv in einem "Wir" und "Die"  
9 unterschieden. Auf die somit entstandene Fremdgruppe werden dann oft rassistische Attribute  
10 projiziert.

11 Erschreckend ist, dass dabei häufig unterdrückte Eigenschaften, die das Individuum in dem Markt  
12 der Anpassung unterdrücken muss, auf die fremde Gruppe projiziert und dabei negiert werden.

13 Viele Verhaltensweisen, die kapitalismusbedingt durch Absicherung der eigenen Existenz kaum  
14 umsetzbar sind, wie ein freies Ausleben in Optik oder Sexualität, wie auch Faulheit, werden von  
15 vielen, wohl auch unterbewusst, sehnsüchtig vermisst und dieser daraus basierende Selbsthass  
16 führt dazu, dass diese Eigenschaften auf andere projiziert werden, was in den herrschenden  
17 Verhältnissen dann zumeist MigrantInnen betrifft.

18 Wenn nun MigrantInnen als faul bezeichnet werden, die sich nur dank des Sozialstaates ausruhen,  
19 spiegeln sich darin oft eigene Ängste und Sehnsüchte, ausgelöst durch die kapitalistischen  
20 Verhältnisse, wider, die zur Selbstbestätigung auf die fremde Gruppe projiziert werden. Dieses  
21 Muster, dazu die typische Aufwertung der eigenen Gruppe, die ja vermeintlicher Zufluchtsort vor  
22 kapitalistischer Welt ist, in dem die fremde Gruppe herabgesetzt wird, ist Auslöser für viele  
23 Erscheinungsformen von Diskriminierung wie Rassismus. So ist auch zu beobachten, dass die zu  
24 Diskriminierung führende Projektion eigener Sorgen und unerfüllter, ins Unterbewusstsein  
25 verdrängte, Sehnsüchte in den Zeiten kapitalistischer Krisen am stärksten ist. Vereinfacht kann man  
26 sagen: Je größer die durch Kapitalismus verursachte Krise, umso ausgeprägter die Diskriminierung  
27 gegenüber der konstruiert fremden sozialen Gruppe. Jedoch sind nicht nur Menschen den  
28 kapitalistischen Zwängen ausgesetzt. Auch Staaten müssen untereinander auf dem Weltmarkt  
29 konkurrieren und die besten Bedingungen zur Absicherung ihrer Existenz sichern. Die in den  
30 Staaten lebenden Menschen haben erst einmal die Funktion die Existenz des Staates im  
31 Kapitalismus zu sichern. Sozialstandards dürfen danach nur so weit ausgeprägt sein, um eine  
32 bessere Arbeitskraft zu gewährleisten. Sie müssen jedoch dafür sorgen, dass Menschen weiter  
33 die Notwendigkeit sehen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zuwanderung ist dann nötig, wenn binnen-  
34 ökonomisch weitere Arbeitskräfte benötigt werden. So war es ab den 1960er Jahren mit den  
35 GastarbeiterInnen und um die Jahrtausendwende mit ComputerexpertInnen aus Indien. Das zeigt,  
36 dass weniger der Mensch im Vordergrund steht, sondern seine kapitalistische Verwertbarkeit und  
37 damit sein Nutzen im ständigen Wettkampf. Da weniger der Mensch und mehr seine  
38 Verwertbarkeit im Mittelpunkt steht, entstehen auch immer ausgrenzende Verhaltensmuster. Weil  
39 man ZuwanderInnen aus westlichen und nördlichen Ländern aufgrund ihrer dortigen Sozialisation  
40 eher zutraut ihren Körper bestmöglich zu verkaufen um damit ihren Teil zum wirtschaftlichen Erfolg  
41 beizutragen, werden in der Regel ZuwanderInnen aus den südlicheren und ärmeren Staaten der  
42 Erde von vielen Teilen der Gesellschaft vorgezogen. Jeder Staat bzw. Wirtschaftsraum achtet  
43 darauf, dass nur eine gewisse Anzahl von Menschen innerhalb diesem lebt. Die Anzahl sollte der  
44 ökonomischen Existenz des Staates dienlicher als hinderlicher sein. Da ZuwanderInnen vor allem  
45 der Kapitalverwertung nützen sollen, was zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Menschen  
46 sein können, bedarf es einer restriktiven Grenzpolitik. Die grausamen Folgen dieser Politik sind vor  
47 allem an den südlichen Außengrenzen der Europäischen Union erkennbar, wo jährlich Tausende  
48 von Menschen beim Versuch ins europäische Wirtschaftsgebiet einzureisen sterben oder getötet  
49 werden. Um Asyl bittende Flüchtlinge werden in geringer Anzahl geduldet. Jedoch wird hier  
50 offensichtlich, dass Personen, die aufgrund von politischer Verfolgung fliehen eher akzeptiert  
51 werden als welche, die wegen Hunger und Armut aufgrund der kapitalistischen Verhältnisse  
52 fliehen. Plakatativ könnte man hier von Flüchtlingen erster und zweiter Klasse sprechen. Der Grund  
53 dieser menschenverachtenden Selektion könnte in der gewollten Legitimation eines Staates liegen.

1 Durch die Aufnahme derer, die vor Diktatur und politischer Verfolgung fliehen, kann sich ein Staat  
2 selbst legitimieren, da er als etwas Besseres als Zufluchts- und Sehnsuchtsort dient.  
3 Wirtschaftsflüchtlinge bieten eben nicht jene legitimierende Grundlage für Staaten, da sie  
4 offensichtlich aufgrund der Missverhältnisse fliehen, die der Kapitalismus unmittelbar produziert.  
5 Eben jenem Produktionsverhältnis, zu dessen Verteidigung sich der Staat verpflichtet sieht.

6 Selbstverständlich tötet nicht Kapitalismus. Aber dieses System sorgt mit seinen Zwängen und  
7 seiner Verwertbarkeit immer zu den Kampf der Menschen untereinander, die zu Rassismus,  
8 Ausgrenzung, Diskriminierung, Leid bis zum Tod führen kann. Die Überwindung des Kapitalismus  
9 ist unverzichtbar für eine Welt frei von jeder Form der Diskriminierung!

## 10 **Jusos heißt immer Kampf gegen Rechts**

11 Unsere Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Internationalismus gilt es immer wieder erneut  
12 zu verteidigen. In seiner schlimmsten Form schafft es die politisch Rechte diese drei, für uns  
13 selbstverständlichen, Werte zu negieren. Politisch Rechts heißt oft nichts anderes, als dass die  
14 Personen, die durch Glück und Willkür aufgrund von Hautfarbe Geschlecht sexueller Orientierung  
15 oder geburts- bzw. Wohnort in den Machtstrukturen mehr profitieren als andere. Diese für sie  
16 gewohnte Machtposition wollen sie, frei von Empathie für die Benachteiligten verteidigen. Um ihre  
17 soziale Gruppe in ihrer Machtposition weiter zu manifestieren bedarf es leider, all die anderen  
18 abzuwerten und mit allen Methoden zu verhindern, sie teilhaben zu lassen. Das geschieht über  
19 strukturelle Ausgrenzung bis hin zu körperlicher Gewalt und Mord.

20 In seiner schlimmsten Form geschieht das bei den rechtsradikalen Kräften der autonomen  
21 nationalistischen Gruppen oder Parteien wie der NPD und Die Rechte, die, um ihre privilegierte  
22 Gruppe zu schützen, in Hass auf alles andere vor Gewalt und völliger Verklärung der herrschenden  
23 vergangenen und gegenwärtigen Zustände nicht zurückschrecken.

24 Jedoch zeigen auch die Wahlergebnisse der AfD, dass der Raum zwischen CDU und  
25 Rechtsradikalismus eine große Zahl von AnhängerInnen findet. Die rechtsten Ressentiments,  
26 die das demokratische Spektrum noch hergibt ziehen, eine erschreckend hohe Zahl an  
27 BefürworterInnen an. Unsere Aufgabe ist es dagegen anzukämpfen, weil wir überzeugt sind, dass  
28 unser Bild einer gerechten Welt in der Menschen nicht aufgrund von Geschlecht Hautfarbe  
29 sexueller Orientierung oder anderer willkürlicher Eigenschaften verschieden behandelt werden  
30 richtig ist. Wir werden solange kämpfen, ist wir dieses Ziel erreicht haben.

## 31 **Gesellschaftspolitik**

32 Die Gesellschaft, in der wir leben, ist durchzogen von kapitalistischen Strukturen. Die ihm  
33 innewohnende Verwertungslogik bestimmt die sozialen Beziehungen und die Lebensbereiche aller  
34 Menschen. Wir Jusos fordern eine Gesellschaft in der alle Menschen frei und gleich leben können.  
35 Eine solche Gesellschaft ist nach unserem Verständnis nur fern kapitalistischer Strukturen denkbar.  
36 Trotz dessen gibt es zusätzlich im aktuellen Tagesgeschehen Veränderungsmöglichkeiten, für die es  
37 sich lohnt einzustehen. Dazu zählen unter anderem:

### 38 **Gegen Rechtspopulistische Parteien wie die AfD**

39 Mit Erschrecken haben wir festgestellt, dass sich die Alternative für Deutschland langsam im  
40 Parteienspektrum Deutschlands fest verankert. Bei der Europawahl 2014 holte diese Partei  
41 auf Anhieb 7% der Stimmen. Bei den darauf folgenden Landtagswahlen in drei Ostdeutschen

42 Bundesländern holte sie Ergebnisse zwischen 9-12%. Dieses alles zeigt, dass sich rechts der CDU  
43 ein Vakuum gebildet hat, welches die AfD geschickt füllt. Eine nicht unerhebliche Anzahl an  
44 Menschen in Deutschland sehnt sich anscheinend nach deutsch-nationalerer Souveränitätspolitik

1 gepaart mit einem konservativ-autoritären und rückständigen Gesellschaftsbild. Diese Personen  
2 wurden durch europafreundliche Parteien wie CDU und FDP nicht abgedeckt und erst jetzt durch  
3 die AfD erhalten sie die Möglichkeit zur politischen Partizipation und können Euro-Ablehnung, mehr  
4 nationale Souveränität, Anti-Gender und eine sog. gezielte Einwanderung nach ökonomischer  
5 Relevanz auf die tagespolitische Agenda setzen. Auch rassistische und homophobe Aussagen vieler  
6 AfD-Politiker in hohen Positionen sind nicht unselten. Für uns bedeutet der Erfolg der  
7 rechtspopulistischen AfD nicht nur, dass wir diese Partei ablehnen, sondern auch, dass uns bewusst  
8 ist, dass sie Inhalte vertritt, nach denen sich viele Menschen anscheinend gesehnt haben.  
9 Unser Anspruch muss es sein unsere Werte Sozialismus, Internationalismus und Feminismus  
10 in die Gesellschaft zu tragen, damit Parteien wie die AfD nicht mehr so viele Anhänger haben.

11

## 12 **Fight Heteronormativität**

13 Wir stehen hinter den Plänen der rot-grünen Landesregierung schon früh auch Homo-, Bi- und  
14 Transsexualität im Schulunterricht zu thematisieren, um so die Akzeptanz für diese Lebensmodelle zu fördern.  
15 Für uns spielt die sexuelle Orientierung keine Rolle. Die heteronormativen Zustände unserer Gesellschaft  
16 fordern jedoch eine gezielte Kampagne die eine Toleranz aller Lebensformen vermittelt. Die reaktionären, oft  
17 von religiösen und rechten Kräften getragenen, Gegendemonstrationen, gegen die Vermittlung sexueller  
18 Vielfalt und freier sexueller Entfaltung  
19 lehnen wir nicht nur entschieden ab, wir werden auch alle demokratischen Mittel ausschöpfen, diese  
20 Gegenbewegung zu bekämpfen. Unser Ziel ist eine absolute Gleichstellung aller Lebenspartnerschaften,  
21 sowohl in gesellschaftlicher Akzeptanz, in allen Rechtsgebieten.

## 22 **Eine Öffnung der Asyl- und Zuwanderungspolitik**

23 Für uns ist Asyl ein unabdingbares Menschenrecht. An den Außengrenzen der sogenannten „Festung  
24 Europa“ sterben jedes Jahr tausende Menschen. Durch die Kooperation mit der Grenzschutzagentur  
25 Frontex werden Menschenrechtsverletzungen hingenommen und unterstützt. Darüber hinaus sind die  
26 gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere seitdem sogenannten „Asylkompromiss“ von 1993,  
27 menschenunwürdig. Dieser stellt nicht nur die endgültige Aushöhlung des Asylrechtes dar, sondern  
28 offenbart eine allgegenwärtige Akzeptanz von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Wir fordern eine  
29 Erleichterung der legalen Migration in die Europäische Union, eine menschenwürdige Unterbringung von  
30 Flüchtlingen sowie eine existenzsichernde Unterstützung.

31

## 32 **Inklusion**

33 Der Begriff „Inklusion“ ist heute sehr eng mit Bemühungen der Bundesländer verbunden in Schulen  
34 das gemeinsame Lernen von Menschen mit und ohne Handicap zu ermöglichen. Doch die  
35 ursprüngliche Bedeutung des Begriffes geht weit darüber hinaus. Inklusion bedeutet, dass  
36 jeder Mensch unabhängig von Alter, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und sexueller  
37 Orientierung gleichberechtigt gesellschaftliche Teilhabe erfahren kann. Für uns Jusos ist das  
38 ganzheitliche Verständnis für den Inklusionsbegriff essenziell. Somit bedeutet Inklusion unter  
39 anderem die umfassende Teilhabe von Menschen mit Handicap an unserer Gesellschaft.  
40 Vielfalt bedeutet Bereicherung für eine Gesellschaft – genau das ist das Leitbild der Inklusion.

## 41 **Religionsbedingte Diskriminierung**

42 Bedingt durch den furchtbaren neuerlichen Krieg in Nahost und dem Feldzug der radikal  
43 islamistischen IS (Islamischer Staat) neigen viele dazu Religionsgemeinschaften pauschal zu  
44 verurteilen. Bedauerlicherweise wurde der Gazakrieg genutzt, altbekannte antisemitische

1 Ressentiments zu bedienen. Jüdinnen und Juden wurden mit Israel gleichgesetzt und oft wurden sie  
2 auch offen im Umfeld pro-palästinensischer Demonstrationen angegriffen. Durch den brutalen und  
3 menschenverachtenden Feldzug des sog. Islamischen Staates neigen viele dazu deren entsetzliches  
4 Vorgehen mit dem Islam gleichzusetzen. Religionen sind komplexe Konstrukte und in ihrem Wesen  
5 auch sehr heterogen. Eine differenzierte Religionskritik ist legitim und oft auch berechtigt. Jedoch  
6 darf sie nicht als Grund für Diskriminierung dienen. Unberechtigte Pauschalisierungen lehnen wir  
7 entschieden ab und sehen darin ein großes Gefahrenpotenzial. Niemals darf sich Geschichte  
8 wiederholen, dass Menschen mitten in Europa aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit um ihre  
9 Körperliche Unversehrtheit fürchten müssen.

## 10 ***Kein Mensch ist illegal***

11 Wir Jusos sind ein internationalistischer Richtungsverband und kämpfen für eine offene  
12 Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung. Aus diesem Grund fordern wir Schutz und  
13 gleiche Rechte für Flüchtlinge, denn kein Mensch ist illegal. Unser Ziel bleibt weiterhin eine Welt  
14 ohne Grenzen. Diesen Grundsatz sehen wir in erster Linie bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik  
15 gefährdet, denn die Europäische Union betreibt seit Jahren eine Abschottungs- und  
16 Ausgrenzungspolitik an ihren Außengrenzen. Die Mauern der „Festung Europa“ sind für viele  
17 Menschen auf der Flucht zu unüberwindbaren Hindernissen geworden. An diesen Außengrenzen  
18 sind alleine im Jahr 2007 etwa 2.000 Menschen ums Leben gekommen. Menschen, die aus  
19 Verzweiflung und aus Angst vor Tod, Folter, Hunger oder Verfolgung, ihre gesamte Existenz  
20 aufgaben und sich mit der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa machten.  
21 Wir müssen leider festhalten, dass die Abschottungspolitik der EU zu viele Leben gefordert hat.

22

## 23 **Das Versagen der Dublin-II-Verordnung**

24 Durch die sogenannte Dublin-II-Verordnung werden die Asylverfahren von Menschen in den  
25 Ländern behandelt, in denen sie die EU betreten. Dadurch werden Länder wie Italien oder  
26 Griechenland, die einen großen Teil der europäischen Außengrenzen abdecken, überfordert. Die  
27 Abschottungspolitik ist nur eine logische Konsequenz dieser Überforderung. Die Praxis zeigt, dass  
28 derjenige Staat für das Asylverfahren verantwortlich ist, der die Einreise der Asylsuchenden nicht  
29 verhindert hat. Für die Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen ist dies ein „Anreiz“ zu immer  
30 weiteren Abschottungsmaßnahmen, Zurückweisungen an den Grenzen und einem  
31 abschreckenden Umgang mit Schutzsuchenden. Die Flüchtlinge versuchen ungeachtet der  
32 bürokratischen Regelungen in das EU-Land ihrer Wahl zu gelangen – nicht selten mit dem Ergebnis,  
33 dass sie nach jahrelanger Odyssee durch Europa als illegalisierte und weitgehend rechtlose  
34 Menschen nirgendwo Schutz finden. Es muss ein europäisches Umdenken beginnen, das den  
35 Asylsuchenden eine Perspektive verschafft und ihnen ihre menschliche Würde zurückgibt. Daher  
36 sind wir der Auffassung, dass eine schnellstmögliche Ersetzung der Dublin-II-Verordnung durch  
37 eine EU-weite Verordnung über die Aufnahme von Geflüchteten, die eine gerechte Verteilung von  
38 Asylsuchenden unter der unbedingten Wahrung der Menschenrechte ermöglicht, ohne einzelne  
39 Länder übermäßig zu belasten, an dieser Stelle notwendig wird.

## 40 **Ein „Weiter so“ darf es nicht geben!**

41 Die deutschen Bundesregierungen der letzten 20 Jahre tragen für diese Politik der  
42 Menschenrechtsverletzungen und Verdrängung von Verantwortlichkeit auf EU-Ebene historisch  
43 eine große Mitschuld. Die durch Grundgesetzänderung im Rahmen des „Asylkompromisses“  
44 im Jahr 1993 eingeführte Drittstaatenregelung machte das Dublin-System erst möglich, und  
45 das Prinzip der Verlagerung der Schutzverantwortung auf Drittstaaten wurde Vorbild für die  
46 gesamte EU-Asylpolitik. Ein „Weiter so“ in der Asylpolitik darf es angesichts der Zehntausenden  
47 Toten als Opfer dieser Politik nicht geben. Die Zahl der Asylanträge in Deutschland geht immer  
48 weiter zurück. Aber die Zahl derjenigen, die auf ihrem Weg aus Verfolgung, Krieg, Chaos und  
49 Perspektivlosigkeit an Europas Außengrenzen stranden und derjenigen, die in Flüchtlingslagern

1 unter verheerenden Umständen und ohne jede Perspektive ihr Leben fristen, steigt ständig. Es  
2 wird höchste Zeit, dass sich Deutschland – in vielen Krisenherden der Welt militärisch, politisch  
3 und wirtschaftlich präsent – zu seiner Verantwortung für internationalen Flüchtlingsschutz  
4 aktiv bekennt. Die Europäische Asylpolitik muss den Schutz von und nicht vor Geflüchteten  
5 zum Ziel haben. Der Untergang eines Flüchtlingsbootes vor Lampedusa am 3. Oktober 2013  
6 und der Tod von mehr als 400 Menschen sind eine eindringliche Mahnung, die  
7 Abschottungspolitik der Europäischen Union schnellstmöglich und grundlegend zu beenden.  
8 Nicht nur Flüchtlingsorganisationen, Verbände und Vereine zeigten sich erschüttert - auch  
9 wir Jusos mussten diese schrecklichen Ereignisse mit ansehen und fordern aus diesem Grund  
10 ein Umdenken!

11

## 12 **Woher wir kommen, wohin wir wollen**

### 13 **Jusos heißt Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD**

14 „Wir Jusos wollen, dass die Menschen auf eine andere Art als heute zusammenleben und arbeiten können.

15 *Deshalb treten wir für eine andere Gesellschaftsordnung, den [demokratischen] Sozialismus, ein.“*  
16 *(Grundsatzerklärung der Jusos von 1991)*

17 **Wir Jusos** sind keine Wahlkampf-, Jubel- oder Plakatiertruppe der SPD, sondern stehen als linker  
18 Richtungsverband in kritischer Solidarität zu unserer Mutterpartei. Wir wollen eigene Konzepte  
19 jenseits des neoliberalen Mainstreams entwickeln, für die wir in Zusammenarbeit mit  
20 Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern wie Gewerkschaften und Sozialverbänden um  
21 gesellschaftliche Zustimmung kämpfen.

22 **Wir Jusos** bekämpfen als sozialistischer, feministischer und sozialistischer Verband  
23 Unterordnungen, Ungerechtigkeiten und Fremdbestimmungen, die Menschen alltäglich erfahren.  
24 In der Tradition der demokratischen ArbeiterInnenbewegung stehend ist unser Ziel die Emanzipation  
25 des Menschen- ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Teilhabe und  
26 Verantwortung. Unserem Anspruch nach darf kein Mensch in Armut oder Hunger leben, verfolgt,  
27 ausgebeutet, erniedrigt und verfolgt werden. Dieses Ziel verlangt einen gesellschaftlichen Umbau  
28 und politischen Gestaltungswillen. Deshalb bezeichnen wir uns als Jungsozialistinnen und  
29 Jungsozialisten in der SPD. Unser Ziel ist die Emanzipation des Einzelnen von Unfreiheiten,  
30 Entfremdungen und Unterdrückungen. Dabei sind Freiheit und Selbstbestimmung aber auch  
31 Leistungen der Gesellschaft, sodass Solidarität für uns notwendig ist, um individuelle  
32 Entfaltungschancen zu schaffen.

33 **Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten** geben uns nicht mit der Verwaltung  
34 gesellschaftlicher Zustände zufrieden, sondern wollen eigene Ideen entwickeln, um unsere  
35 Gesellschaft sozialer, gerechter und lebenswerter zu machen und Machtverhältnisse zu  
36 verändern. Unser Kampf für eine menschenwürdigere Welt basiert auf den Erfahrungen  
37 der ArbeiterInnenbewegung und der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Der  
38 demokratische Sozialismus, der sich an der Würde des Menschen orientiert und für uns Kampf  
39 gegen Unrecht, Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet, bleibt für uns die Vision einer freien,  
40 gerechten und solidarischen Gesellschaft. Den demokratischen Sozialismus zu definieren ist weder  
41 möglich noch erstrebenswert, weil es unmöglich ist, eine Vision bis in Details zu definieren.  
42 Gleichwohl stellen wir fest, dass wir in einer Welt voller Ungerechtigkeiten leben, zu der wir  
43 Alternativen und Veränderungen suchen. Deshalb betrachten wir den Kampf für eine gerechtere  
44 Welt und die **Verwirklichung unserer Grundwerte als eine dauerhafte Aufgabe**. Dabei orientieren  
45 wir uns an folgenden Leitfragen: Welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge

1 bestimmen das Leben? Wie können wir die Gesellschaft verändern? Für wen und mit wem machen  
2 wir Politik?

3 Wir setzen uns für Benachteiligte ein und scheuen uns nicht, den Finger in die Wunde zu legen, um  
4 skandalösen Lebensperspektiven junger Menschen aufzudecken und Benachteiligungen zu  
5 beseitigen. Wir glauben nicht an die Allmacht von Parteien und Parlamenten. Unserer Meinung  
6 nach entsteht Politik, wann immer Meinungen und Interessen geäußert werden. Politik bedeutet  
7 für uns den Dialog und die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bündnispartnern, um die  
8 Gesellschaft zu verändern. In den letzten Jahren haben wir kontinuierlich unsere Positionen in die  
9 SPD eingebracht und so unseren Gestaltungswillen unterstrichen. So haben wir die Grundideen  
10 der Arbeitsversicherung, des öffentlichen Beschäftigungssektors, der öffentlichen  
11 Daseinsvorsorge und der

12 Bürgerinnenversicherung entwickelt und bereits 2006 einen gesetzlichen Mindestlohn  
13 gefordert. Dies zeigt, dass wir keine ausschließliche Jugendorganisation, sondern Ideenschmiede  
14 der Sozialdemokratie sind und diese prägen. Die Einbringung unserer Ansichten und den Dialog  
15 mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartner bezeichnen wir als **Doppelstrategie**. Durch  
16 politische Bildungsarbeit befähigen wir junge Menschen, sich kritischen mit gesellschaftlichen  
17 Entwicklungen auseinander zu setzen und eigene Meinungen zu vertreten. Um der neoliberalen  
18 Verwertungslogik zu entweichen, ist es notwendig, Fragen über die Tagespolitik hinaus zu  
19 diskutieren und gesellschaftliche Zwänge, gesellschaftlichen Macht- und Besitzverhältnisse sowie  
20 Entfremdungen zu thematisieren. Hierbei muss sich unsere Politik an der Frage orientieren, wie  
21 **wir leben wollen**.

22 Durch politische Kampagnen wie unsere Kampagne „Heute schon in Gel gebadet“ vermitteln wir  
23 unsere Ideen und Konzepte zielgruppenorientiert. Unser Politikkonzept basiert auf Solidarität und  
24 Gemeinsamkeit, die wir auf Kongressen, Veranstaltungen und Seminaren konkret erfahren.

### 25 **III. Organisation: Was machen wir warum?**

26

27 Uns Jusos im Bezirk Braunschweig ist die durchgehende Organisation unserer politischen Arbeit  
28 sehr wichtig, weil sie neben der inhaltlichen Arbeit die Grundlage unserer Arbeit ist. Ehrenamtliche  
29 Funktionen für unseren Verband auszuüben, bedeutet Verantwortung sowie Engagement, weil alle  
30 Veranstaltungen vor- und nachbereitet werden und verbindliche Absprachen getroffen werden  
31 müssen. Dabei steht nicht die Darstellung einzelner, sondern die Darstellung des Bezirkes im  
32 Vordergrund. Der kulturelle Teil darf nicht vernachlässigt werden. Unsere Idee der Juso-Arbeit  
33 basiert auf drei nebeneinander stehenden Säulen: einem sozial- und gesellschaftskritischen  
34 inhaltlichen Fundament, organisatorischer Schlagfähigkeit sowie einer kultureller Attraktivität. Für  
35 uns ist aber auch klar, dass aus einer fundierten Gesellschaftsanalyse aus linker Perspektive  
36 Kampagnen und Projekte resultieren müssen, die genau diese Ungerechtigkeiten thematisieren,  
37 Lösungen entwickeln sowie um gesellschaftliche Veränderungen werben. Dabei bildet der  
38 Bezirk die Schnittstellen zwischen dem Bundesverband und seinen Bildungsangeboten sowie den  
39 Unterbezirken.

#### 40 **Bezirksvorstandssitzungen**

41 Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare  
42 organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Daneben sollen die  
43 Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden. Der Bezirk ist die



1 Summe seiner Unterbezirke, demnach können alle Jusos des Bezirks zu den Vorstandssitzungen  
2 erscheinen. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind von der Bezirkskonferenz gewählt und den  
3 Interessen des gesamten Bezirks verpflichtet. Die Arbeit des Bezirks lebt vom Miteinander aller  
4 Jusos. Gemeinsam wollen wir den Bezirk inhaltlich und organisatorisch gestalten und ständig  
5 weiterentwickeln. Auf den Sitzungen soll es deshalb sowohl um organisatorische Dinge gehen, wie  
6 auch ein inhaltliches Thema besprochen werden. Es ist auch möglich, dass Jusos, welche nicht  
7 Mitglieder des Bezirksvorstandes sind, ein Thema vorstellen.

8 Die Verknüpfung von Inhalten und organisatorischem soll die Attraktivität der Sitzungen steigern.  
9 In der Organisationsform des Bezirksvorstandes soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen  
10 zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und sie allen TeilnehmerInnen der  
11 Bezirksvorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt.

12 Die Sitzungen finden einmal im Monat statt, wobei sie in möglichst vielen Unterbezirken stattfinden  
13 sollen.

14

## 15 **Homepage&sozialeNetzwerke**

16 Als Medium für unsere Außendarstellung haben wir der Homepage des Juso-Bezirks ein neues  
17 Gesicht gegeben. Hier sollen auch in Zukunft unter anderem immer die nächsten Termine  
18 angegeben werden, sowie Berichte über Veranstaltungen und Pressemitteilungen erscheinen. Es  
19 werden Publikationen mit den Ergebnissen der Bezirksprojekte veröffentlicht. Nach  
20 Projektveranstaltungen sollten deren Ergebnisse sowie Abläufe in einem Artikel auf der Homepage  
21 veröffentlicht werden. Bei Aktionen, deren Verantwortliche/r nicht klar ist benennt der Vorstand  
22 vor der Aktion eine/n Presseverantwortliche/n. Außerdem werden wir das Facebookprofil des  
23 Bezirks weiter pflegen, um über unsere Arbeit und Aktivitäten zu informieren. Alle gewählten  
24 Bezirksvorstandsmitglieder haben durch einen

25 Account die Möglichkeit nach vorher bestimmten Regeln Termine oder Berichte auf der Webseite  
26 oder Facebook zu posten. Der Bezirksvorstand benennt dabei eine verantwortliche Person, welche  
27 federführend AnsprechpartnerIn für die Unterbezirke ist. Diese soll sicherstellen, dass die  
28 Homepage und die Facebookseite aktuell und attraktiv geführt werden und gegebenenfalls auch  
29 delegieren und versprochene Berichte einfordern.

30

## 31 **Kampagne Kommunalpolitik**

32 Im Rahmen der Kommunalwahl sollen die Genossinnen und Genossen aus unseren Reihen vom  
33 Bezirk Unterstützt werden. Zu dem Zweck soll, im Frühjahr, ein Seminar zur Kommunalwahl  
34 angeboten werden. Themenschwerpunkt soll neben Kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen  
35 auch die Öffentlichkeitsarbeit sein. Zudem könnte der Bezirk KandidatInnen vorstellen und so  
36 Muster für die Unterbezirke vor Ort gestalten, dies würde auch den Radius von Internetauftritten  
37 vergrößern.

38 Außerdem soll eine Plattform für die Unterbezirke geschaffen werden, um sich über  
39 Kommunalpolitische Themen auszutauschen. Im Rahmen von Tagesseminaren, können die Ideen  
40 und Praktiken gebündelt werden.

## 41 **Heute schon in Geld gebadet?**

1 Gemeinsam mit unseren Unterbezirken wollen wir die Kampagne „Heute schon in Geld gebadet“  
2 2015 und 2016 weiterführen.

3 Die Verteilungsfrage hat an Aktualität nichts eingebüßt. Gemeinsam mit dem Bezirksvorstand soll  
4 der Riesen schein und das Bad aus Goldmünzen durch alle Unterbezirke Touren. Der riesige 40.000  
5 Euroschein symbolisiert, dass jede/r Deutsche im Schnitt über 40.000 Euro Barvermögen verfügt.  
6 Die Irritation sorgt dabei für Aufmerksamkeit. Eine Auftaktveranstaltung in den jeweiligen  
7 Unterbezirken liefert dabei das Hintergrundwissen- Methodisch werden die interessierten  
8 Unterbezirke durch die gemeinsame Aktion in ihrer Arbeit vor Ort unterstützt.

## 9 **Jusos vor Ort – Sozialismus braucht Tradition**

10 Um unsere politische Arbeit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu vermitteln, wollen wir  
11 viele Orte besuchen, die Bedingungen der Arbeit deutlich nah und zeigen. In unserer Region mit  
12 seiner Vielzahl an industrieller und dienstleistungsorientierter Tradition gibt es viele Möglichkeiten  
13 zu Tagesausflügen, die wir den Jusos im Bezirk anbieten wollen. Ziel dessen soll eine bessere  
14 Vernetzung im jugendpolitischen Bereich sein.

## 15 **Basic-Seminar**

16 Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit unseren politischen Grundlagen vertraut machen. Es  
17 sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt werden. Das  
18 Basic-Seminar wird bedürfnisorientiert und bedarfsgerecht in Absprache mit den Unterbezirken  
19 organisiert.  
20

## 21 **Grundlagen der politischen Arbeit:**

22 Das Grundlagenseminar soll helfen die Grundlagen der Parteiarbeit zu erlernen und umzusetzen.  
23 Es sollen grundsätzliche Themen bearbeitet werden, wie etwa die Sitzungsleitung und Einladungen  
24 zu Sitzungen und Konferenzen. Es wird weiterhin der Aufbau und die Finanzierung der Partei  
25 vermittelt. Es sollen Kompetenzen aufgebaut werden um Inhalte in die Partei und in die Jusos zu  
26 tragen.

## 27 **Tagesseminare:**

28 Um möglichst vielen Genossinnen und Genossen die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben, werden  
29 wir Seminare auch eintägig anbieten. Die Seminare werden in den Unterbezirken vor Ort  
30 stattfinden. Diese Seminare sehen wir als Angebot an die Unterbezirke, welche wir gerne auf  
31 Nachfrage anbieten.

## 32 **Sommercamp:**

33 Mit dem Sommercamp haben wir ein erfolgreiches Seminarkonzept, um die inhaltliche Arbeit auf  
34 Bezirksebene auszubauen und Anträge vorzubereiten. Neben der Arbeit des Bezirks soll dabei auch  
35 die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit gegeben werden, über die  
36 Grenzen des eigenen Unterbezirks zusammen an inhaltlichen Themen zu arbeiten. Das  
37 Sommercamp soll dieses Jahr wieder 5 tägig organisiert werden.

38 Dazu soll auch im besonderem das Sommercamp Raum zur Freizeitbeschäftigung bieten, damit die  
39 TeilnehmerInnen aus dem Bezirk sich auch untereinander besser kennen lernen.

## 40 **Projektseminar und Projekte:**

41 Die Arbeit in den Projekten füllt einen großen Teil der inhaltlichen Debatte innerhalb des Bezirks  
42 aus. Um die Ergebnisse und Problematiken der jeweiligen Projekte allen Genossinnen und

Genossen zugänglich zu machen tagen die Projekte in möglichst vielen verschiedenen Unterbezirken. Das hat zum einen den Vorteil, dass die Bezirksarbeit mit den Unterbezirken vernetzt wird, zum anderen wird dadurch die inhaltliche Arbeit in den Unterbezirken belebt. Ziel der Projekte ist es, inhaltliche Anträge für die Bezirkskonferenz zu erarbeiten.

## **Verbandstage:**

Neben der zahlreichen inhaltlichen Arbeit wollen wir im nächsten Jahr auch wieder versuchen kulturelle Angebote zu machen. Darunter fällt beispielsweise gemeinsames Grillen, Filmabende etc. Die Angebote erfolgen möglichst kostengünstig, damit es Jeder und Jedem möglich ist, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Weitere Freizeitangebote erfolgen über die Unterbezirke und können im ganzen Bezirk beworben werden, damit auch den anderen Unterbezirken die Möglichkeit der Teilnahme gegeben wird.

## **Heute morgen gestalten - die Bezirksprojekte:**

### **Projekt Inklusion**

Der Begriff Inklusion geht vermutlich auf das lateinische Verb *includere* zurück, was soviel heisst wie "einlassen" oder "einschließen" oder auf das Substantiv *inclusio*, welches "Einschließung", "Einbeziehung" bedeutet.

Inklusion bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen oder ausgegrenzt werden darf und außerdem vor jeglicher Art der Diskriminierung aufgrund von Heterogenitätsmerkmalen wie Behinderung, Hautfarbe, Herkunft, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Religion etc. geschützt werden soll.

Im Projekt Inklusion wollen wir uns mit verschiedenen Aspekten der Inklusion beschäftigen und auseinandersetzen:

- Was macht eine inklusive Gesellschaft aus und wie können wir solch eine erschaffen?
- Wie kann jedem Menschen, egal welches "Handicap" er/sie hat, gleichermaßen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden?
- Wie lassen sich bauliche Barrieren überwinden?
- Und noch wichtiger: Wie lassen sich die Barrieren in den Köpfen vieler Menschen überwinden und niederreißen?
- Wie können wir eine Gesellschaft schaffen, in der jeder Mensch akzeptiert wird und an der er gleichberechtigt teilhaben kann?

In einer inklusiven Gesellschaft gibt es idealerweise keine definierte Norm. Vielfalt und Unterschiede werden als Bereicherung angesehen. Das ist das Leitbild der Inklusion--> denn Inklusion ist ein Menschenrecht.

Das kann nicht von heute auf morgen gelingen, sondern stellt einen langen Prozess dar. Es erfordert kontinuierliche Reflexion und Interaktion und vor allem auch Mut zur Entscheidung.

1

## 2 **Arbeit Wirtschaft Soziales**

3 Das Projekt AWS beschäftigt sich mit einer grundlegenden Analyse der Vermögensverteilung in  
4 Deutschland und Europa, wobei auch auf die Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftens  
5 eingegangen wird. Außerdem werden die Folgen dieser Vermögensverteilungen sowie des  
6 kapitalistischen Wirtschaftens anhand verschiedener gesellschaftlicher Bereiche  
7 (z.B. Einkommensverteilung, Geschlechterverhältnis, Bildungschancen) analysiert.

8 Abschließend werden Maßnahmen zur Umgestaltung der Vermögensverteilung diskutiert. In  
9 diesem Zuge sollen auch die Chancen und Risiken von Modellen um Industrie 4.0 diskutiert werden.  
10 Sowohl aus Wirtschaftlicher, als auch aus ArbeitnehmerInnenperspektive stellt sich die Frage, wie wir  
11 Jusos uns zu dem Thema verhalten sollen. Es bietet sich eine Zusammenarbeit mit den  
12 Gewerkschaften an.

## 13 **Projekt Demokratie**

14

15 Immer häufiger hört man, besonders bei Demonstrationen, Forderungen nach Direkter Demokratie  
16 und mehr BürgerInnenentscheiden. Oft nur ohne Hintergedanken geäußert, stecken hinter diesen  
17 Aussagen ganze Demokratiesysteme, die sich zum Teil stark von dem bundesrepublikanischen  
18 parlamentarischen Demokratiesystem unterscheiden.

19 Das Projekt Demokratie möchte über verschiedene Formen der Demokratie reden, worunter unter  
20 anderem Fragen nach Formen der Mitbestimmung fallen, das Wahlrecht oder Minderheitenschutz  
21 fallen.

22

## 23 **Projekt Sport**

24 Nachdem wir uns im letzten Jahr bereits im Rahmen des Projektes Innenpolitik mit Sport beschäftigt  
25 haben, woraus ein Antrag entstanden ist, haben wir bemerkt, dass dieses Thema soviel hergibt, dass  
26 es auch über zwei Jahre behandelt werden kann. Nach bisher guten Ergebnissen zu Inklusion im  
27 Sport und seiner Verbindung zum Kapitalismus, wären weiterhin die Dopingfrage oder Jugend und  
28 Sport Themen, die man behandeln könnte.

29

## 30 **Projekt Internationales**

31 Die Jusos verstehen sich als internationalistischer Richtungsverband, somit gilt die  
32 internationale Solidarität als einer unserer bedeutsamsten Grundwerte. Um diesem  
33 Anspruch gerecht zu werden ist ein Verständnis für globale Zusammenhänge und die  
34 Auseinandersetzung mit überstaatlichen Angelegenheiten essenziell. Viele soziale sowie  
35 ökonomische Probleme können in einer globalisierten Welt nur auf transnationaler Ebene

1 gelöst werden. Eine solche Auseinandersetzung steht im Zentrum des Projektes  
2 Internationales im kommenden Jahr. Es richtet sich an alle Jusos, die sich für globale  
3 Politik und die Beziehungen zwischen Staaten und Menschen im Rahmen internationaler  
4 Arbeit interessieren.

5 Das Projekt möchte sich in diesem Jahr mit der Rolle Europas in der Welt  
6 auseinandersetzen. Dabei können sowohl außenpolitische, ökonomische und  
7 entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt werden. Anhand der Ukraine Krise, die noch  
8 immer anhält, wird deutlich, dass innereuropäische Entscheidungen direkten Einfluss auf  
9 die internationale Weltgemeinschaft haben können. Die Ausbreitung der EU und die  
10 Zusammenarbeit mit anderen Staaten haben einen großen Einfluss auf die internationale  
11 Machtstruktur. Vor diesem Hintergrund wollen wir uns folgende Fragen stellen: Welche  
12 Schlussfolgerungen muss Europa aus der Krise in der Ukraine für eine zukünftige  
13 Außenpolitik mitnehmen? Welche Form der Politik sollte Europa im Rahmen der Krise  
14 fortführen? und welche Rolle sollte Europa einnehmen, um in Zukunft politisch sowie  
15 ökonomisch positive Akzente in der Weltpolitik zu setzen?

16 Weitere Themen können auf Wunsch der Teilnehmenden zusätzlich behandelt werden.

## 17 **Konferenzvorbereitungen**

18 Vor wichtigen Konferenzen und Parteitagen werden wir als Jusos uns als Delegation treffen um  
19 Verhalten und Verhandlungsführung auf der Konferenz zu besprechen.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

1 Jusos im Bezirk Braunschweig

2 Bezirkskonferenz, 10. Oktober 2015

3 **Titel** Gleichstellungsarbeitsprogramm: „Ein Sozialist ist ein Feminist, oder er  
4 ist kein Sozialist“

5 **Antragsteller** Bezirksvorstand

---

6 **Gleichstellungsarbeitsprogramm: „Ein Sozialist ist ein Feminist, oder er ist kein**  
7 **Sozialist“**

8

9 **1. Die Jusos als feministischer Richtungsverband**

10

11 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, damit ist die Gleichstellung der Geschlechter  
12 einer unserer bedeutsamsten Forderungen. Denn trotz einiger Errungenschaften wie das  
13 Wahlrecht und die gesetzliche Gleichstellung der Frau erkennen wir weiterhin eine grundlegende  
14 Gesselschaftliche Diskriminierung der Frau. Wir wollen das alle Menschen frei und selbstbestimmt  
15 leben können, fern von Diskriminierung und Abhängigkeiten. Aus diesem Grund ist die  
16 Gleichstellung der Geschlechter ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine gerechtere Zukunft. Es  
17 gibt unterschiedliche gesselschaftliche, ökonomische und politische Aspekte, welche die  
18 Benachteiligung der Frau eindeutig aufzeigen. Einige davon werden im folgenden erläutert:

19

20 **2. Geschlechterungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt**

21

22 Der Arbeitsmarkt spiegelt Geschlechterungerechtigkeiten in einem besonderen Maße wieder. Zwar  
23 ist die Erwerbsquote der Frauen in der Vergangenheit stetig gestiegen, jedoch arbeiten Frauen  
24 noch heute durchschnittlich für sehr viel weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Zum einen  
25 sind es in erster Linie Frauen, welche in prekären Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt sind.  
26 Frauen stellen in Deutschland mit fast 70% die große Mehrheit derjenigen, die für Niedriglöhne  
27 arbeiten. Ursachen und Hintergründe sind vielfältig. So weisen einige Dienstleistungsbranchen, in  
28 denen besonders viele Frauen arbeiten, besonders hohe Niedriglohnanteile auf, z.B. das  
29 Gastgewerbe mit 63%, der Einzelhandel mit 40%, aber auch das Gesundheits- und Sozialwesen.  
30 Dies hat zur Folge, dass Frauen etwa 22% weniger verdienen als Männer (Gender Pay Gap).

31 Doch auch in der selben Berufstätigkeit mit den selben Qualifikationen sind wir von einer  
32 Entgeltgleichheit weit entfernt. Frauen verdienen in dieser Situation in etwa 7% weniger als ihre  
33 männlichen Kollegen.

34

35 **3. Sexismus und Rollenklischees**

36

37 Darüber hinaus setzen wir uns auch gegen sämtliche Erscheinungsformen von sexistischem  
38 Gedankengut ein. Auch unser Verband ist zum Teil davon geprägt, in geschlechtlichen  
39 Rollenklischees zu denken. Hier gilt es für uns als Feministinnen und Feministen anzusetzen. Um  
40 diese konservativ-reaktionären Verhaltensweisen zu reflektieren, werden wir deshalb auf allen  
41 Seminaren gleichstellungsspezifische Workshops anbieten.

42

Denn der Kampf gegen Sexismus ist und bleibt ein Kampf gegen Rassismus. Oder wie es August Bebel bereits vor 100 Jahren sagte: Ein Sozialist ist ein Feminist, oder er ist kein Sozialist.

#### **4. Weiblichkeit und Medien**

Auch heute noch werden viele junge Mädchen in der Familie nicht richtig aufgeklärt. Frauenbild und Weiblichkeit werden zunehmend durch die Massenmedien beeinflusst. Primär prägend sind jedoch die sozialen Milieus. Materielle Benachteiligung und Bildungsferne sind für die Ausbildung einer emanzipierten Weiblichkeit nachteilig. „Sex sells“ scheint das Werbemotto zu sein. Allerdings verbirgt sich meist Sexismus dahinter“. Oft dient die Frau -in der Werbung für Männerprodukte-als Objekt der Begierde. Teilweise geht das so weit, dass die Frau zur Ware zu werden scheint. Sexismus in der Werbung reicht von Rollenklischees bis zur Verharmlosung von Gewalt an Frauen. □

#### **5. Sexuelle und sexualisierte Gewalt**

Frauen werden nach wie vor überdurchschnittlich oft Opfer von (häuslicher) Gewalt. Es werden bundesweit jährlich ca. 13.000 Fälle von sexueller Nötigung bzw. Vergewaltigung angezeigt Die Dunkelziffer wird auf das Zehn-bis Zwanzigfache geschätzt. Schuld an einem Übergriff ist immer der Täter, nie das Opfer.

Das Motiv für sexualisierte Gewalt ist nicht Sexualität, sondern Macht. Sexualität wird funktionalisiert, um Frauen und Mädchen zu demütigen, sie zu erniedrigen und zu unterdrücken, mit dem Ziel, sich selbst als mächtig zu erleben. □ Sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen hat viele Erscheinungsformen. Sie beginnt mit der "alltäglichen Anmache", mit frauenfeindlicher Sprache, Witzen und Beschimpfungen, die wohl jede Frau und jedes Mädchen kennt und die oftmals nicht einmal als Gewalt definiert wird, eben weil sie so häufig vorkommt, dass sie wie normal erscheint. Diskriminierungen verschiedener Art begegnen Frauen in der Werbung, in den Medien, im Internet etc. und Mädchen und Frauen sind in vielfältigen Situationen von tätlicher sexualisierter Gewalt bedroht: Sexuelle Belästigungen im Alltag, am Telefon und am Arbeitsplatz sind keine Ausnahmefälle.

Gewalt beginnt dort, wo Mädchen und Frauen in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden, also bereits dann, wenn sie bestimmte Orte, Wege oder Situationen meiden müssen, um nicht beleidigt, belästigt oder bedroht zu werden.

#### **6. Vermögen ist männlich - Die Verteilungsfrage zwischen den Geschlechtern**

##### **Analyse der aktuellen Situation**

Vermögen ist in Deutschland und in der Welt grundsätzlich sehr ungleich verteilt. So besitzen die reichsten 10 Prozent in Deutschland etwa 60% des Nettovermögens. Auffällig ist dabei, dass vor allem Frauen im Vergleich zu Männern selten große Vermögenswerte besitzen. So haben Frauen in Deutschland durchschnittlich 33 % weniger Vermögen als Männer. . Dieser Umstand hat vor allem Einfluss auf die Altersvorsorge so haben Frauen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit in Deutschland im Alter in Altersarmut zu leben. Insbesondere Betriebsvermögen ist zwischen den Geschlechtern stark ungleich verteilt so kommt statistisch auf eine Frau mit Betriebsvermögen insgesamt 3 Männer. In Europa hat Deutschland die höchste Verteilungsungleichheit zwischen den Geschlechtern und sie nimmt derzeit weiter zu.

Die internationale Situation der Vermögensverteilung zwischen den Geschlechtern ist erschreckend. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten Arbeit, insbesondere in der Landwirtschaft beziehungsweise der Lebensmittelproduktion, verrichten besitzen Frauen ein verschwindend geringen Anteil an dem weltweiten Vermögen (unterschiedliche Erhebungen sprechen von etwa einem Prozent). Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass Frauen in einigen Staaten in der Welt noch immer kein Recht auf Eigentum haben. Allgemein zeigt sich, dass in den sogenannten Industriestaaten die Ungleichheit zwischen den Vermögenswerten deutlich geringer ist als in den Entwicklungsländern.

## **Ursachen der Vermögensungleichheit**

Die Vermögensungleichheit zwischen Frauen und Männern hat vielfältige Ursachen. Einige von ihnen werden im folgenden erläutert.

### Erbschaft und Schenkungen:

Vermögen wird in der Regel geerbt. Etwa 80 Prozent der Vermögenden haben dieses durch Erben und Schenkungen aufgebaut.

### Einkommen und Erwerbsstatus

Frauen verdienen im Durchschnitt etwa 22 Prozent weniger als Männer. Zudem ist der größte Teil der GeringverdienerInnen weiblich. In diesem Zusammenhang ist es für Frauen schwieriger Vermögen aufzubauen.

### Frauen in Schlüsselfunktionen

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist noch immer verschwindend gering. Somit sind Frauen von vielen Entscheidungen ausgeschlossen, die starke Auswirkungen auf die Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land haben.

### Bildungszugang für Frauen

Der Zugang zu Bildung ist weltweit von großer Ungleichheit bestimmt, vielen bleibt das Recht auf Bildung verwehrt, vor allem Mädchen und Frauen haben meistens häufig aufgrund finanzieller oder kultureller Aspekte nicht die Möglichkeit schulische Bildung zu erfahren.

### Religiöse Überzeugungen und kulturelle Traditionen

Oftmals liegen der Benachteiligung und Unterdrückung von Mädchen und Frauen religiöse Überzeugungen und kulturelle Traditionen zugrunde. In vielen Staaten gelten Frauen als minderwertig gegenüber Männern.

### Frauen erledigen mehr unbezahlte Arbeit

Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten werden oftmals privat und unbezahlt ausgeführt - zum Großteil von Frauen. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte 2015, dass Frauen etwa 2/3 ihrer Arbeit unbezahlt verrichten. Dabei handelt es sich, um die sogenannte "Reproduktionsarbeit", diese bezeichnet Arbeitsverrichtungen außerhalb des Sektors formeller Erwerbsarbeit, die dem



1 Erhalt der individuellen Arbeitsfähigkeit und zur Sicherung der Erhaltung der Arbeitsbevölkerung  
2 dienen.

3  
4  
5 Zur Überwindung der aktuellen Situation fordern wir unterschiedliche Maßnahmen, um der  
6 ansteigenden Vermögensungleichheit entgegenzuwirken.

### 7 8 **a) Maßnahmen auf Bundesebene**

9  
10 Um der Vermögensungleichheit auf Bundesebene entgegenzuwirken brauchen wir eine  
11 Steuerpolitik, die Genderaspekte berücksichtigt. Vermögensbezogene Steuern sind grundsätzlich  
12 ein geeignetes Mittel zur Umverteilung, welche auch Auswirkungen auf die  
13 Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern haben kann. Dadurch, dass in erster Linie  
14 Männer von großen Erbschaften profitieren, werden so gesellschaftliche Strukturen verfestigt. Es  
15 bedarf einer Erbschaftssteuer, um der sozialen Schieflache entgegenzuwirken und "leistungsloses  
16 Einkommen" entsprechend zu besteuern. Auch die Vermögenssteuer muss in diesem  
17 Zusammenhang diskutiert werden. Grundsätzlich sollen bei allen Steuerstrukturreformen darauf  
18 geachtet werden, welche konkreten Auswirkungen die Reform auf die Verteilungsgerechtigkeit  
19 zwischen den Geschlechtern hat.

20  
21 Das Ehegattensplitting befördert Geschlechterungerechtigkeiten innerhalb unserer Gesellschaft.  
22 Es entspricht nicht der Lebensrealität junger Paare und Familien, einseitig das Modell von Haupt-  
23 und Zuverdienst zu bevorzugen. Das Ehegattensplitting stellt insbesondere für Frauen ein  
24 Hemmnis für die gleichberechtigte und unabhängige Erwerbstätigkeit dar. Es stellt den  
25 gleichwertigen Doppelverdienst beider Partner steuerrechtlich schlechter als das  
26 Familieneinkommen mit Zuverdienst. Es ist daher weder gerecht noch fortschrittlich, da  
27 insbesondere die Frauen die Verliererinnen des Alleinversorgermodells sind. Demzufolge erschwert  
28 das Ehegattensplitting die Vermögensbildung für verheiratete Frauen.

29  
30 Ein weitere Problematik sind die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, denn der Verdienst und  
31 Erwerbsstatus haben konkrete Auswirkungen auf die Anhäufung von Vermögen. Häufig werden  
32 Frauen noch immer auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Es ist ein Skandal, dass im Jahr 2015  
33 immer noch über Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern gesprochen werden muss. Aus  
34 diesem Grund bedarf es endlich einer Politik, die klare Regelungen zur Überwindung der  
35 Diskriminierung der Frau schafft. Deshalb fordern wir unter anderem mehr Transparenz auf dem  
36 Arbeitsplatz. Frauen müssen das Recht haben zu erfahren, wie viel ihre männlichen Kollegen  
37 verdienen, um ihr Recht auf gleiche Bezahlung einfordern zu können. Zudem muss  
38 Lohndiskriminierung endlich eindeutiger überprüft und sanktioniert werden.

39  
40 Familie und existenzsichernde Erwerbsarbeit müssen vereinbar sein. Aus diesem Grund muss ein  
41 lückenloser, einfacher Wiedereinstieg in den Beruf möglich sein. Alle Familien sollen die  
42 Möglichkeit haben einen Platz in einer Kindertagesstätte in Anspruch zu nehmen.

43  
44 Um Diskriminierung vor dem Einstellungsprozess einzudämmen, bedarf es zusätzlicher Konzepte.  
45 Denn viele ArbeitgeberInnen vermeiden die Einstellung von Frauen, um den Ausfall einer  
46 Arbeitskraft durch eine mögliche Schwangerschaft zu vermeiden. Zunächst bedarf es  
47 anonymisierter Bewerbungsverfahren und einer paritätischen Elternzeit. Darüber hinaus wäre auch

die Einführung eines verpflichtenden "Vaterschutzes" in den ersten acht Wochen nach der Geburt des Kindes sinnvoll. Wenn auch Männer nach der Geburt des Kindes von der Arbeit freigestellt werden müssten, zieht die/der ArbeitgeberIn in dieser Situation keinen vermeintlichen Vorteil aus der Einstellung eines Mannes. Weitere Möglichkeiten zur gendergerechten Gestaltung des Arbeitsmarktes sind branchenbezogene Quotenregelungen und die gerechte Verteilung der unbezahlten Arbeit. Diese ist notwendig, damit Frauen gleichberechtigt am Erwerbsleben teilhaben können. Darüber hinaus sollte diskutiert werden, einige unbezahlte Tätigkeiten weiterhin vermehrt in die Erwerbsarbeit zu überführen (z.B. in der Pflege).

## **b) Internationale Maßnahmen**

Auf internationaler Ebene bedarf es endlich einer Entwicklungspolitik, die Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die Programme der Entwicklungszusammenarbeit müssen ihre Ignoranz gegenüber Gender Aspekten endlich überwinden und Geschlechtergerechtigkeit zum Prüfstein aller Entscheidungen machen. Es muss zudem z.B. durch Gender-Budgeting sichergestellt werden, dass genügend Ressourcen für solche Aspekte aufgewendet werden können.

Ein zentrales Element ist außerdem den Bildungszugang für Frauen und Mädchen zu ermöglichen. Denn Bildung ist der Schlüssel, um den Frauen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Darüber hinaus ist Aufklärungsarbeit und internationale Ächtung der kulturellen und rechtlichen Stellung von Frauen, in bestimmten Staaten, notwendig.

Um eine solche Entwicklungspolitik zu gestalten ist es essenziell die Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur in den Entwicklungsländern nicht zu befördern. Vor allem bei einer Privatisierung von medizinischer Versorgung wären insbesondere Frauen wesentlich betroffen. Neben dem Ausschluss der Privatisierung von Daseinsvorsorge sollten auch die entwicklungspolitischen Programme nicht privatwirtschaftlich organisiert werden. Der Ausbau von Kleinkrediten ist sinnvoll und wichtig, so lange diese nicht durch privatwirtschaftliche Interessen dominiert werden.

Grundsätzlich ist die Integration von Genderaspekten in die Entwicklungspolitik eine Aufgabe, die auf transnationaler Ebene gelöst werden muss. Aus diesem Grund sollte dafür auf eine Zusammenarbeit der Europäischen Union, der WTO, der UN und weiteren Akteuren gesetzt werden. Auch Nichtregierungsorganisationen, insbesondere Frauenrechtsorganisationen, müssen für diese Ausrichtung der Entwicklungspolitik mit in die Beratungen einbezogen werden.

## **4. Frauen in der SPD**

Die SPD hat in der Gleichstellungspolitik eine Vorreiterrolle. Dennoch sind Frauen in der Partei immer noch stark unterrepräsentiert.

Die Politik wird auch heute noch sehr stark von männlichen Genossen dominiert. So sind die meisten Positionen in Vorständen von Männern besetzt. Auf Sitzungen sind es häufig männliche Genossen, die die Reden halten. Frauen haben diesem männliche geprägten Redeverhalten oft nichts entgegenzusetzen, werden "unter den Tisch geredet" oder einfach übergangen. Es fehlen oft die weiblichen Identifikationsfiguren in der Politik. Frauen haben oft das Gefühl nicht ernst genommen zu werden oder auf die typischen "Frauenthemen" beschränkt zu werden. Die Quote soll sicherstellen dass die Stimmen der Frauen in der Partei auch gehört werden und dass sie

mitentscheiden können. Sie soll ebenfalls zu Gerechtigkeit bei der Besetzung von Positionen in Vorständen führen. Häufig wird die Qualifikation von Frauen, die über die Quote in Vorstände kommen, angezweifelt. Sie werden von ihren männlichen Genossen nicht gleichermaßen eingebunden und behandelt. Durch solches Verhalten sinkt die Motivation von Frauen, sich aktiv in die Politik einzubringen. Frauen müssen besonders gefördert werden und bei der Vergabe von Posten stärker berücksichtigt werden. Es muss dafür gesorgt werden dass qualifizierte Frauen auch die Möglichkeit dazu bekommen.

## **5. Frauen bei den Jusos**

Auch bei den Jusos sind Frauen, wie in der gesamten SPD, stark unterrepräsentiert. Wir Jusos wollen eine Politik, in der Frauen und Männer gemeinsam entscheiden, fair miteinander diskutieren und respektvoll miteinander umgehen. Wir wollen ein politisches Umfeld, in dem sich Frauen wohl fühlen, in dem sie Ihre Meinung äußern können und in dem sie ernst genommen werden. Gerade jüngere Frauen müssen motiviert werden, Politik aktiv mitgestalten zu wollen. Wir wollen mehr Frauen für die Jusos gewinnen; dazu gehört auch dass diese ihren festen Platz in den Jusoverbänden bekommen und aktiv mit eingebunden werden.

## **6. Organisation der Juso Frauen im Bezirk**

### Regelmäßige Sitzungen des Juso Frauenforums

Das Juso Frauenforum dient zur Vernetzung von Frauen innerhalb des Bezirks. Wir wollen gemeinsame inhaltliche Positionen beraten und uns über gemeinsame Erfahrungen austauschen. Es geht darum immer ein offenes Ohr zu bieten für Probleme, von denen vor allem Frauen innerhalb des Bezirks betroffen sind.

Zusätzlich sollen feministische Themen auch über das Frauenforum hinaus behandelt werden, beispielsweise auch regelmäßig auf den Seminaren des Juso Bezirks.

### Zusammenarbeit mit der ASF

Auch in der ASF muss die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern weiter vorangetrieben werden, dass können wir nachdrücklicher gemeinsam mit der ASF. Daher wollen wir verstärkt mit der ASF zusammenarbeiten und streben gemeinsame Veranstaltungen an.

### Außendarstellung

Wir wollen Frauen innerhalb des Bezirks sichtbar machen. Deshalb wollen wir explizit darauf achten für Grußworte und Referate auch immer Frauen einzuladen. Darüber hinaus wollen wir in allen Publikationen eine geschlechtsneutrale Sprache verwenden.

5 **Arbeit vs. Kapital = David gegen Goliath**

6

7 Der stetige Konflikt zwischen den UnternehmensinhaberInnen und den Beschäftigten ist im  
8 Kapitalismus systemimmanent. So werden die KapitalgeberInnen immer versuchen eine möglichst  
9 große Rendite zu erreichen, dies kollidiert mit den Interessen der ArbeiterInnen, die für ihre  
10 tägliche Arbeit einen gerechten Lohn einfordern. Diesen Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und  
11 Kapital gilt es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu entschärfen.

12 Diesem Interessenkonflikt möchten wir als Jusos durch folgende Punkte begegnen:

13

14 **Vermeidung von Lohndumping:**

15

16 Die Einführung des Mindestlohns ist einer der größten Leistungen im Kampf gegen Lohndumping  
17 in den letzten Jahrzehnten. Vor allem in den unorganisierten kleinen Unternehmen, bevorzugt in  
18 der Dienstleistungsbranche zeigt er schon jetzt eine deutliche Wirkung. Der Mindestlohn muss  
19 fortwährend auf ein Niveau angepasst werden, dass ein gutes Leben ermöglicht. Zudem lehnen  
20 wir Jusos jede Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn ab. Auch Auszubildende, Minderjährige  
21 und ALG II EmpfängerInnen verdienen es angemessen entlohnt zu werden. Wir sprechen uns für  
22 eine Anhebung des Mindestlohns aus. Nach unserer Auffassung könnte dieser auch im  
23 zweistelligen Bereich liegen.

24 Aber auch in mittelständischen Unternehmen ohne ArbeitnehmerInnenvertretung bestehen große  
25 Missstände zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen. Die Einführung einer Mindestgrenze von  
26 Lohnstufen in Bezug auf Abschlüsse und Qualifikationen am Beispiel des Deutschen  
27 Qualifikationsrahmens (DQR) könnte dem entgegenwirken. Erweitert werden sollen diese  
28 Lohnstufen durch die ausgeführte Tätigkeit. Man könnte auch von einem generell gültigen  
29 Tarifvertrag sprechen.

30 Dies kann auch nur zur Abmilderung und zum Schutz der Arbeitnehmerinnen vor der Willkür des  
31 Arbeitgebers und zur Verhinderung von Lohndumping durch die „Reservearmee“ dienen.

32

33 **Beteiligung der Angestellten am unternehmerischen Erfolg:**

34 Die UnternehmerInnen und die AnteilseignerInnen dürfen nicht länger das Unternehmen als  
35 Milchkuh sehen, die immer weiter ausquetscht werden kann. In einem Unternehmen arbeiten  
36 immer auch Menschen, diese müssen mit Würde behandelt werden. Das bedeutet auch, die  
37 angemessene Teilhabe der ArbeitnehmerInnen am unternehmerischen Erfolg.

38

39 Demokratie darf nicht am Werkstor aufhören

40 Um eine echte Mitbestimmung zu erreichen braucht es paritätisch besetzte Gremien innerhalb  
41 eines Unternehmens. Am Beispiel der Aufsichtsratsverteilung im Montan-Mitbestimmungsgesetz  
42 lässt sich ein mögliches Modell erahnen. Diese Regelungen sollten ausgeweitet werden, sodass  
43 auch Mitbestimmung auch in kleineren Unternehmen zum tragen kommt. Die

ArbeiternehmerInnen sollen auch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen. Vor diesem Hintergrund möchten wir die Gründung von Betriebsräten in sämtlichen Unternehmungen erwirken.

#### Schutz von Arbeitsplätzen

Leider müssen wir immer wieder erleben, dass Arbeitsplätze abgebaut werden, auch wenn ein Unternehmen und sogar der entsprechende Standort wirtschaftliche Erfolge vorweisen können. Als Beispiel soll hier das Conti-Teves Werk in Gifhorn dienen. Auch dort sollen, nach willen Continentals, hunderte Arbeitsplätze abgebaut werden, obwohl Continental schwarze Zahlen schreibt, obwohl das Werk selbst Gewinn abwirft, obwohl in Gifhorn die modernsten Elektromotoren Europas gefertigt werden. Diesem Missstand in Gifhorn, aber auch im Allgemeinen stellen wir uns entgegen. Für die Entlassung von ArbeiternehmerInnen bei positiver Bilanz muss es hohe Hürden geben, die in einem paritätisch besetzten Gremium beschlossen werden müssen, somit müsste auch die ArbeitnehmerInnenvertretung dem zustimmen.

#### **Aufstiegchancen der Frauen fördern:**

Noch immer sind Frauen in Führungspositionen strukturell unterrepräsentiert. Nicht nur in Branchen die von Männern dominiert sind, sondern auch in solchen, in denen man Frauen vermuten würde sitzen Männer den Führungspositionen, nicht nur in der höchsten Führungsebene.

Diesem Umstand muss entgegengewirkt werden. Dafür kann eine Quote nur ein Mittel sein, dessen Ziel es ist überflüssig zu werden. Vielmehr braucht es einen gesellschaftlichen Wandel der dazu führt, dass Frauen nicht mehr strukturell diskriminiert werden. Dies muss auch im Betrieb passieren. Betriebsräten ist per Gesetz der Auftrag gegeben dies zu tun.

Des Weiteren ist die unangebrachte Einstellung von Männern in gehobenen Positionen öffentlich aufzuzeigen. Durch dieses Aufzeigen der Missstände kann ein gesellschaftlicher Wandel in Bezug auf die Gleichstellung erzielt werden.

Jusos im Bezirk Braunschweig

Bezirkskonferenz, 10. Oktober 2015

**Titel** Verkehrssituation rund ums VW-Werk verbessern -  
ArbeitnehmerInnen, Straßen und Anwohner entlasten

**Antragsteller** Unterbezirk Gifhorn

---

## **Verkehrssituation rund ums VW-Werk verbessern - ArbeitnehmerInnen, Straßen und Anwohner entlasten**

### Wir fordern die Verantwortlichen auf:

- „Alle Möglichkeiten des Ausbaus öffentlicher Verkehrsmittel zu prüfen, auf das hochfrequentierte Pendlerlinien eingerichtet werden
- Eine Kooperation zwischen VRB und VW für *Job-Tickets* einzurichten, sodass die Belegschaft kostenlos öffentliche Verkehrsmittel nutzen kann.
- Einen durchgehenden Radweg von Gifhorn ins Werk zu schaffen
- Einen durchgehenden Radweg vom Parkplatz ins Werk (entlang der K114) zu schaffen

### **Begründung:**

Die Verkehrs- und Parkplatzsituation rund um das VW Werk in Wolfsburg, insbesondere vor der FE sind katastrophal. Die einspurige K114 ist vollkommen überlastet und die Anzahl der Parkplätze nicht ausreichend, da mit dem Erfolg des Konzerns auch die Anzahl der Mitarbeiter immer weiter ansteigt. Trotz Bemühungen von Volkswagen weitere Parkplatzflächen zu schaffen bleibt die Situation angespannt – die Möglichkeiten direkt ans Werk angrenzende Flächen zu nutzen sind erschöpft. Viele Mitarbeiter finden keine Parkplätze und müssen ihre Fahrzeuge notgedrungen in den Durchfahrten der Parkhäuser oder in Ausfahrten abstellen, was die Sicherheit aller Beteiligten massiv gefährdet und immer wieder zu großflächigen Abschleppaktionen führt, welche für alle Beteiligten ärgerlich sind.

### **Parkflächen an der K114 erschaffen**

Abhilfe schaffen könnten außerhalb liegende Parkflächen entlang der K114. Diese könnten im Bereich Gifhorn/Isenbüttel entstehen. So wäre es den Beschäftigten aus dem gesamten Südkreis, aber auch aus angrenzenden Landkreise wie z.B aus dem Landkreis Peine möglich, ihr Auto auf den genannten Parkflächen abstellen und von dort aus einen Shuttleservice oder eine Zuganbindung ins nahe gelegene VW Werk bzw. in die Stadt nutzen. So könnte man kilometerlange Staus, Stop&Go Verkehr und lange Wartezeiten im Berufsverkehr vermeiden. Außerdem wäre das allgegenwärtige Parkplatz Problem gelöst. Dies würde eine enorme Entlastung der stark beanspruchten Straßen K114 und der L292 bedeuten und gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Auch der Durchgangsverkehr in Calberlah, Fallersleben und Teilen von Isenbüttel würde enorm reduziert werden.

### **Für Verkehrsanbindung ins Werk und in die Stadt sorgen**

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

Natürlich muss es auch eine Motivation für die Beschäftigten geben, ihr Fahrzeug auf den Parkflächen abzustellen. Ein zuverlässiger Shuttleverkehr mit vernünftiger Taktung würde sicher viele ArbeitnehmerInnen dazu veranlassen die Parkplätze zu nutzen. Sie würden sich die anstrengende Suche nach einem Parkplatz am Werk und weite Fußwege ins Büro ersparen und hätten nebenbei auch noch geringere Spritkosten und eine entspanntere Anfahrt.

**Radfahrer schützen und umweltfreundliche Fortbewegung fördern**

Ein solches Konzept würde unserer Meinung nach erheblich zur Verbesserung der Verkehrs- und der Parkplatzsituation rund ums Volkswagen Werk in Wolfsburg beitragen.  
Neben der Entlastung der ArbeitnehmerInnen, Straßen und Dörfer könnte man mit einem solchen Konzept einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten.  
Weiterhin sollte der Radweg entlang der K114 ausgebaut werden. Dieser hat momentanmehrere große Lücken, die dazu führen, dass RadfahrerInnen die enge einspurige Straße mitnutzen und sich im morgendlichen Stop & Go Verkehr durch die fahrenden und stehenden Autos schlängeln müssen. Dies birgt ein enormes Sicherheitsrisiko, da auch ein Überholen der RadfahrerInnen auf der beengten Straße kaum gefahrlos möglich ist. Da viele Beschäftigte die Möglichkeit, mit dem Fahrrad anzureisen bereits nutzen, sollten wir diesen Trend unterstützen und gleichzeitig RadfahrerInnen und Umwelt schützen.

1 Jusos im Bezirk Braunschweig

2 Bezirkskonferenz, 10. Oktober 2015

3 **Titel** Modernes Arbeiten: Job-Sharing ausbauen!

4 **Antragsteller** Unterbezirk Gifhorn

---

5 **Modernes Arbeiten: Job-Sharing ausbauen!**

6 Gutes Beispiel an Daimler und Tchibo nehmen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
7 fördern

8 Wir Jusos fordern, dass Unternehmen dabei unterstützt werden Job-Sharing Angebote  
9 auszubauen. Solche Modelle sollen vom Staat befürwortet und finanziell gefördert werden.

10 Begründung:

11 Job-Sharing bedeutet wörtlich übersetzt Arbeitsplatzteilung. Diese liegt dann vor, wenn eine  
12 Arbeitgeberin oder ein Arbeitgeber mit zwei oder mehreren ArbeitnehmerInnen vereinbart,  
13 dass diese sich die Arbeitszeit an einem Arbeitsplatz teilen.

14 So können beispielsweise zwei Führungskräfte in Teilzeit arbeiten und sich eine Stelle teilen.  
15 Dieses clevere Arbeitszeitmodell fördert die Vereinbarung von Familie und Beruf und ist deshalb  
16 auch aus gleichstellungspolitischen Aspekten absolut zu befürworten.

17 Unternehmen können durch dieses Modell zusätzlich vom doppelten Erfahrungsschatz profitieren.  
18 Außerdem wird Kooperation statt Konkurrenz gefördert und die ArbeitnehmerInnen sind  
19 zusätzlich entspannter und ausgeglichener. Sie gehen beruhigt in die freien Tage, da der jeweilige  
20 Partner/ die Partnerin die anstehenden Aufgaben übernimmt. So wird es möglich den Freiraum mit  
21 der Familie zu genießen und abzuschalten.

22 Die Unternehmen Daimler und Tchibo sind ein Beispiel dafür, dass dieses Modell funktioniert und  
23 durchaus zukunftsfähig ist.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37



3 **Titel** Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden  
4 Wohnraum für Studierende, überall!

5 **Antragsteller** Unterbezirk Braunschweig

---

6 **Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende,**  
7 **überall!**

8  
9 1. Wo wollen wir hin?

10

11 Wir JungsozialistInnen haben schon immer gefordert, dass Bildung und die Möglichkeit  
12 Bildungsangebote wahrnehmen zu können nicht von der Größe des Geldbeutels abhängig sein  
13 darf. Dies bezieht sich nicht nur auf die Gebührenfreiheit eines Studiums. Die Mietkosten zehren  
14 einen Großteil des monatlichen Budgets der Studierenden auf. Wer ein Studium beginnen will, soll  
15 sich nicht erst mit dem Mietspiegel des potentiellen Studienortes auseinandersetzen müssen.

16

17 Grundsätzliches Ziel muss es sein, die Studierendenwerke in die Lage zu versetzen, ein  
18 ausreichendes Angebot an günstigem und zeitgemäßem Wohnraum für Studierende bereitstellen  
19 zu können. Bei der Verteilung der verfügbaren Wohnplätze muss es andere Kriterien als „Vitamin  
20 B“ und „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ geben. Eine gerechtere Verteilung, die besondere  
21 soziale Umstände und Härten berücksichtigt, ist notwendig. Für den Ausbau des Angebots an  
22 Wohnraum für Studierende gilt für uns das gleiche wie bei anderen Aspekten der Planung des  
23 städtischen Raum: Leitbild ist die sozial gemischte Stadt.

24

25 2. Wie ist die Situation?

26

27 Aufschluss über das vorhandene Angebot an Wohnraum speziell für Studierende bietet die  
28 jährliche Erhebung des Deutschen Studentenwerk e.V. (DSW). Dieses erfasst zum Stichtag 01.01.  
29 den öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende. Hierzu werden zum einen  
30 Wohnheimplätze der Studierendenwerke mit Belegungs- und Mietbindung gezählt (im Einzelfall  
31 auch solche, die ohne öffentliche Förderung errichtet wurden) als auch sonstiger Wohnraum, der  
32 durch die Studierendenwerke für Studierende angemietet wurde. Darüber hinaus wird auch der  
33 öffentlich geförderte Wohnraum für Studierende in privater Trägerschaft erhoben.

34

35 Die aktuellen Zahlen von 2014 weisen in ganz Deutschland rund 234.000 Wohnplätze für  
36 Studierende aus. Bei etwa 2,35 Mio. Studierenden bedeutet dies, dass nicht einmal 10% ein  
37 öffentlich geförderter Wohnplatz angeboten werden kann. Diese sog. Unterbringungsquote liegt  
38 bei 9,5%. Ein Blick auf die Zahlen der vergangenen Jahre offenbart, dass wir am vorläufigen  
39 Tiefpunkt einer negativen Entwicklung angelangt sind. Lag die Unterbringungsquote um die

Jahrtausendwende noch bei ca. 12%, ging sie seither konstant auf den heutigen Wert zurück. Die absoluten Zahlen an vorhandenen Wohnplätzen lassen dies zunächst nicht vermuten. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl an Wohnplätzen sogar um 13.000 (+7,1%) gestiegen. Dieses Plus entsprach jedoch bei Weitem nicht dem Anstieg der Studierendenzahlen im selben Zeitraum (+39,5%).

Neben den Zahlen für das gesamte Bundesgebiet, lohnt ein Vergleich der Zahlen nach Bundesländern. Hierbei treten zum Teil erhebliche regionale Unterschiede zu Tage. Besonders die Stadtstaaten fallen mit äußerst geringen Unterbringungsquoten auf (Berlin: 5,7%, Bremen: 6,39%, Hamburg: 8,39%). Aber auch Hessen, das Saarland und Schleswig-Holstein liegen hier mit Werten von unter 7,5% im unteren Bereich. Da sich in Berlin, Bremen, dem Saarland und Sachsen-Anhalt aktuell weder Wohnheime im Bau befinden, noch Neubauten geplant sind, ist mit einer weiteren Verschlechterung der Lage zu rechnen. Dabei ist anzumerken, dass gerade in den Stadtstaaten mit ohnehin geringen Unterbringungsquoten ein meist ebenso angespannter Mietwohnungsmarkt existiert. Mieten für Wohnungen unter 30qm liegen hier zwischen 15,23 €/qm (Hamburg) und 10,73 €/qm (Bremen). Dies stellt besonders Studierende mit einem geringen Budget 25% der Studierenden verfügen nach der Sozialerhebung des DSW über weniger als 680€ monatlich vor unbillige Härten.

Nur in einem Punkt jedoch liefert die Erhebung Aufschluss nicht nur über die Quantität sondern auch über die Qualität des Angebots: Bei der Zahl der für RollstuhlfahrerInnen geeigneten Wohnplätze. Diese wird bundesweit mit 1.481 angegeben. Somit sind gerade einmal 0,63% der verfügbaren Wohnplätze baulich für die Benutzung durch RollstuhlfahrerInnen vorbereitet.

Der lokale Blick auf die Situation in Braunschweig liefert zum Stichtag 01.01.2014, auf insgesamt schwachem Niveau, mit rund 12,4% immerhin eine überdurchschnittliche Unterbringungsquote. Die Zahl von insgesamt nur 4 durch RollstuhlfahrerInnen benutzbare Wohnungen muss jedoch als katastrophal bezeichnet werden.

### 3. Was bedeutet das?

Wie bereits festgestellt, herrscht bei der Unterbringungsquote in den verschiedenen Bundesländern eine recht heterogene Situation. Dabei ist vor allem zu beobachten, dass die Versorgung mit Wohnplätzen mit der finanziellen Lage der Länder korreliert. So nehmen sieben von den acht Bundesländern, die eine unterdurchschnittliche Unterbringungsquote haben, die vorderen Plätze bei der ProKopfVerschuldung ein. Betrachtet man die Zahlen zu den sich im Bau befindlichen beziehungsweise geplanten Wohnheimen zeigt sich dies noch deutlicher: Hier können die reicheren Länder wie Baden-Württemberg, Bayern und Hessen einen großen Zubau (von teilweise über 10%) vorweisen, während finanzschwache Länder wie Bremen, Hamburg, Berlin und das Saarland momentan gar keine neuen Wohnheimsplätze planen. Insbesondere in den Stadtstaaten mit ihrer angespannten Wohnungslage verschärft sich die Situation für die Studenten und Studentinnen somit deutlich.

1 4. Was ist zu tun?

2

3 Um die Situation für Studierende auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern, fordern wir  
4 JungsozialistInnen folgende Maßnahmen:

5

- 6 • Erhöhung der zweckgebundenen Finanzmittel für Neubau und Sanierung von  
7 Studierendenwohnplätzen

8

9 Um das unzureichende Angebot an Wohnheimsplätzen ausbauen zu können, führt kein Weg an  
10 einer besseren finanziellen Ausstattung der Studierendenwerke vorbei. Hierbei ist insbesondere  
11 der Bund in der Pflicht, den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu  
12 verwirklichen. Bei Neubauten und Renovierungen muss besonderes Augenmerk auf die  
13 Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung gelegt werden.

14

- 15 • Beteiligung der Studierendenwerke an Stadtplanungsprozessen vor Ort

16

17 Stadtentwicklung muss politisch gestaltet werden. Neben der Beteiligung kommunaler  
18 Wohnungsbauträger ist die Einbindung der örtlichen Studierendenwerke an Hochschulstandorten  
19 bei Fragen der Stadtplanung und Quartiersentwicklung unerlässlich.

20

- 21 • Ausbau der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Studierendenwerken und kommunaler  
22 und privater Wohnungswirtschaft

23

24 Neuer Wohnraum entsteht nicht über Nacht. Zur Abdeckung von Bedarfsspitzen können  
25 Kooperationen, die es Studierendenwerken ermöglichen, auf Wohnungen Dritter zurückgreifen zu  
26 können, ein sinnvolles Mittel sein. Diese Modelle brauchen jedoch einen klaren Rahmen, der u.a.  
27 verhindert, dass leerstehender Wohnraum subventioniert wird.

28

- 29 • Stärkere Berücksichtigung räumlicher, zeitlicher und finanzieller Bedürftigkeit bei der  
30 Verteilung von Wohnheimsplätzen

31

32 Die reine Abarbeitung einer Warteliste ist denkbar unsozial. Die Bevorzugung von StudentInnen  
33 die sich früh bewerben ist gerade deshalb paradox, weil eben Bewerber mehr Zeit und damit  
34 bessere Chancen auf dem Wohnungsmarkt haben um etwas angemessenes zu finden, wohingegen  
35 StudentInnen die erst kurz vor Semesterbeginn ihre Zusage von der Hochschule bekommen diese  
36 Freiheit nicht mehr haben. Insbesondere Studierende, deren Heimatort weit entfernt ist, haben  
37 keine Möglichkeit, eine eventuelle Wartezeit mit Pendeln zu überbrücken. Dies gilt natürlich ganz  
38 besonders für Studierende aus dem Ausland. Hier sind feste Kontingente, die für ausländische

1 Studierende vorgehalten werden, zwingend erforderlich. Besondere Härten müssen deshalb bei  
2 der Verteilung der leider noch viel zu knappen Wohnheimsplätze Berücksichtigung finden.

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

1 Jusos im Bezirk Braunschweig

2 Bezirkskonferenz, 10. Oktober 2015

3 **Titel** Forderung eines Konformitätszeichens für nachhaltig  
4 soziale Bedingungen für importierte (Handels-)Waren

5 **Antragsteller** Unterbezirk Braunschweig

---

6 **Forderung eines Konformitätszeichens für nachhaltig soziale Bedingungen für**  
7 **importierte (Handels-)Waren**

8

9 Konformitätszeichen für nachhaltig soziale Bedingungen in der gesamten Lieferkette

10

11 Die Jusos in der SPD setzen sich dafür ein, dass auf Bundes- und auch auf EU-  
12 Ebene eine Kennzeichnung für sämtliche Importwaren eingeführt wird, die für nachhaltig soziale  
13 Bedingungen in jedem Abschnitt der Lieferkette steht.

14

15 Eingeführt werden soll diese Kennzeichnung zunächst in Form eines Siegels, das nach einer  
16 angemessenen Zeitspanne in ein verpflichtendes Konformitätszeichen geändert wird. Diese  
17 Kennzeichnung soll in der Struktur vergleichbar zum Bio-Siegel oder auch zur CE-Kennzeichnung  
18 sein und sich in den Anforderungen an bereits bestehenden Siegeln von gemeinnützigen  
19 Organisationen wie Transfair (Lebensmittel) oder Fair Wear Foundation (Textilien) orientieren.  
20 Auch das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits ins  
21 Leben gerufene Bündnis für nachhaltige Textilien bietet eine gute Grundlage für die Erarbeitung  
22 von Normen für dieses Siegel.

23

24 Dadurch soll erreicht werden, dass Unternehmen nicht wie bisher auf freiwilliger Basis in  
25 verschiedenen Organisationen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen tätig werden können,  
26 sondern dass ein bundes- und schließlich auch EU-einheitlicher Standard geschaffen wird, der die  
27 ArbeiterInnen schützt und ein Mindestmaß an sozialen Bedingungen garantiert.

28

29 Die Unternehmen, die Waren nach Deutschland importieren und exportieren möchten,  
30 dokumentieren die gesamte Lieferkette und machen sie dadurch transparent. Die Überprüfung  
31 der Einhaltung der Bestimmungen und der Richtigkeit der Dokumentation führen staatliche oder  
32 private Kontrollstellen unter staatlicher Kontrolle durch, ähnlich den Öko-Kontrollstellen für das  
33 Bio-Siegel oder den benannten Stellen für die CE-Kennzeichnung. Auch stichprobenartige  
34 Kontrollen in den Produktionsstätten vor Ort sollen dabei durchgeführt werden. Beispielsweise  
35 durch die oben genannten Kontrollstellen oder in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.  
36 Das Augenmerk soll dabei auf der sozialen Verträglichkeit jedes Abschnittes in der Lieferkette  
37 liegen, insbesondere in Bezug auf die Rohstoffproduktion, alle Verarbeitungsschritte und auch den  
38 Transportweg.

39

40 Mögliche Punkte, die dabei überprüft werden, sind beispielsweise:

- 41 • die ArbeiterInnen erledigen die Arbeit freiwillig und werden in keiner Form zu etwas  
42 gezwungen
- 43 • die ArbeiterInnen haben gültige Arbeitsverträge, die angemessene Löhne und geregelte  
44 Arbeitszeiten garantieren
- 45 • die ArbeiterInnen haben das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren und für ihre  
46 Rechte zu streiken
- 47 • die ArbeiterInnen arbeiten in einer sicheren und nicht gesundheitsgefährdenden  
48 Umgebung, beispielsweise sind Feuerlöscher, unverschlossene Notausgänge und

- 1        ausreichender Schutz bei Arbeiten mit Chemikalien und / oder unvermeidlichen
- 2        Gefahrenstoffen gewährleistet
- 3        • im Bereich des Rohstoffanbaus ist darauf zu achten, dass die Bodennutzung ausgewogen
- 4        ist und Monokulturen entgegengewirkt wird
- 5        • im Bereich des Rohstoffabbaus ist auf Nachhaltigkeit großer Wert zu legen

6

7 Nach einer angemessenen Zeit sollen für Unternehmen, deren Produkte das Siegel tragen, deren

8 Arbeitsbedingungen jedoch nicht den Voraussetzungen entsprechen, finanzielle Sanktionen

9 eingeführt werden. So soll sichergestellt werden, dass die Einhaltung der Mindestanforderungen

10 auch für die in Deutschland ansässigen oder nach Deutschland exportierenden Unternehmen an

11 Priorität gewinnt und sie daran aktiv mitwirken, dass diese Standards eingehalten werden. Eine

12 Möglichkeit dafür bietet beispielsweise die Auftragsvergabe. Bei der Festlegung der Auftragsdauer

13 und der Fristen bis zur Lieferung der Waren muss darauf Rücksicht genommen werden, dass die

14 Fabriken und Hersteller die angeforderten Warenmengen innerhalb der maximalen Tages-

15 beziehungsweise Wochenarbeitszeit auch produzieren können und nicht von vornherein zu

16 unsozialen Arbeitsbedingungen gezwungen werden, um die Zeitpläne einhalten zu können.

17

18 Als dritter Schritt soll das Siegel zu einer verpflichtenden Kennzeichnung werden, ohne die

19 Produkte nicht eingeführt werden dürfen. Dabei ist zu prüfen, inwieweit bei Zuwiderhandlungen

20 striktere Maßnahmen wie hohe Strafen oder sogar zeitweilige Einfuhrverbote zielführend sind.

21 Langfristig ist es dabei anzustreben, eine solche Kennzeichnung auch auf der gesamten EU-Ebene

22 einzuführen, sodass Importe in alle EU-Länder diese Bedingungen erfüllen müssen. So soll ein

23 gleicher Standard für eine einheitliche und vergleichbare Qualität innerhalb der EU sorgen.

24

25 Ein positiver Nebeneffekt dieser Kennzeichnung ist eine gerechtere Wettbewerbssituation für

26 Unternehmen, die innerhalb der EU produzieren. Auf Grund der höheren Fertigungskosten

27 ergeben sich höhere Preise für die Waren, während auf dem Markt zeitgleich viele ähnliche Waren

28 angeboten werden, die in Niedriglohnländern produziert wurden und entsprechend günstiger an

29 die Verbraucher abgegeben werden können. Durch eine Anhebung des Standards in

30 Niedriglohnländern werden die Produktionskosten geringfügig höher, doch dadurch ergibt sich

31 auch ein geringerer Preisunterschied zu den innerhalb der EU gefertigten Handelswaren.

32

33 Durch die Umsetzung dieser Kennzeichnung wird Menschenrechtsverletzungen der ArbeiterInnen

34 außerhalb der EU Einhalt geboten und ihnen kann die Wahrung ihrer Würde zugesichert werden.

35 Darüber hinaus ergibt sich aus dieser Kennzeichnung eine bessere und gerechtere

36 Wettbewerbssituation auf dem deutschen beziehungsweise europäischen Markt.

37

38 Nichtsdestotrotz stellen wir fest, dass mit der Einführung eines solchen Konformitätszeichens nicht

39 die herrschaftsgeprägten Strukturen des Kapitalismus angegriffen wird. Es mildert in einem

40 gewissen Maß lediglich die sozialen Ungleichheiten ab, die unserem Verständnis nach

41 Ungerechtigkeiten sind. Wir stellen aus unserem Selbstverständnis fest, dass das weltweite

42 Wirtschaftsleben niemals von ungerechten Strukturen befreit werden kann, sofern es

43 kapitalistisch organisiert ist, da es auf einem Konkurrenzgedanken aufbaut, welches die

44 vorgenannten Ungerechtigkeiten produziert.

45

46 Nichtsdestoweniger befürworten wir den Grundgedanken, die hinter der Idee des

47 Konformitätszeichens steckt: Nämlich Millionen von Menschen in einer maroden und inhumanen

48 Wirtschaftsordnung eine Perspektive und soziale Sicherheit zu bieten. Denn damit erhalten sie die

49 nötigen Ressourcen, sich mit der unmenschlichen Systematik des Kapitalismus

50 auseinanderzusetzen und sich gegenseitig aufzuklären.

51

6  
7 **Politisches Streikrecht in Deutschland einführen**8  
9 **Ausgangslage**

10 In fast allen europäischen Staaten gibt es die Möglichkeit als ErwerbsarbeitnehmerIn auf  
11 nationalstaatliche Reformpolitik, die im Wesentlichen den Abbau von Sozialleistungen vorsieht, in  
12 Form eines politischen Streiks Druck auf die politische Klasse auszuüben. Das überrascht im  
13 Grunde genommen auch nicht. Denn sowohl die Europäische Sozialcharta als auch  
14 Grundsatzbeschlüsse der internationalen Arbeitsorganisation ILO sehen kollektive  
15 Demonstrationsmöglichkeiten jenseits von Tarifverhandlungen ausdrücklich vor. Umso  
16 überraschender ist es, dass in Deutschland nur (Warn-)Streiks zulässig sind, die im Vorfeld von  
17 oder während laufender Tarifverhandlungen stattfinden. Diese Praxis hat auch der Europäische  
18 Rat als Einschränkung der Versammlungsfreiheit gerügt. So haben sowohl die ILO als auch  
19 VertreterInnen der EU die Einschränkung als ernsthafte Menschenrechtsverletzung bezeichnet.

20  
21 **Staatlicher Einfluss auf die Erwerbsarbeitswelt**

22 Der Staat nimmt eine zentrale Rolle in der Arbeitswelt ein. Die meisten arbeits- und  
23 tarifvertraglichen Regelungen beruhen nämlich auf gesetzliche Mindeststandards im Arbeitsrecht.  
24 Nur einige Beispiele hierfür sind der gesetzlich geregelte Mindestanspruch an Urlaubstagen pro  
25 Jahr für eineN ArbeitnehmerIn, die gesetzlichen Kündigungsfristen, die höchstmögliche  
26 Wochenarbeitszeit, die durch den Arbeitgeber mindestens zu gewährenden Pausenzeiten, das  
27 gesetzliche Renteneintrittsalter und der gesetzlichen Mindestlohn. Sollte eine Reformpolitik eine  
28 Senkung Mindeststandards in den beispielhaft vorgenannten Bereichen vorsehen, so hat dies auch  
29 Auswirkungen auf kollektive oder individuell geführte Arbeitsvertragsverhandlungen. Da ebenfalls  
30 Reformen zur Finanzierung des Sozialversicherungssystems und/oder zur Leistungserbringung im  
31 Sozialversicherungssystem Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen sowohl für die aktuelle  
32 (Bruttoabzüge) und zukünftige Einkommenssituation (Erwerbslosigkeit durch Arbeitslosigkeit,  
33 Krankheit oder Renteneintritt) hat, müssen auch im Zuge dieser Gesetzesverhandlungen die  
34 Möglichkeiten eines politischen Streiks gewährleistet werden. Die demokratische Notwendigkeit  
35 wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass das Sozialversicherungssystem mit Ausnahme der  
36 gesetzlichen Unfallversicherung zum größten Teil durch die ArbeitnehmerInnen finanziert wird.

37  
38 **Unsere Forderung**

39 Ein Staat, der sich weltweit für demokratische Strukturen einsetzt, muss aus unserer Sicht  
40 zunächst vor der eigenen Haustür kehren. Es müssen zwingend streikrechtliche  
41 Versammlungsfreiheiten gesetzlich verankert werden, wenn Gesetzesvorhaben einer Regierung  
42 oder eines Parlaments das Ziel verfolgen, grundsätzliche sozio-ökonomische Mindeststandards  
43 negativ zu beeinträchtigen. Durch den Umstand, dass fast jede große Gesetzesreform  
44 Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat und eine Differenzierung hierzu höchst strittig sein kann,  
45 fordern wir Jusos ein politisches Streikrecht für die ArbeitnehmerInnen bei allen  
46 Gesetzesänderungen gesetzlich zu legitimieren, ohne dass ein Arbeitgeber einzelnen beteiligten  
47 Personen bei Fernbleiben vom Arbeitsplatz mit einer Kündigung drohen darf.

1 Die Entscheidung über die alle relevanten Fragen, ob und wie lange ein politischer Streik lokal oder  
2 bundesweit ausgeübt wird, soll über die Dachverbände der Gewerkschaften in Form von  
3 Urabstimmungen stattfinden.

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33



5 **„Bildung heißt Teilhabe" - Die 10 Thesen zum Thema Bildung**

6

## 7 1. Chancengleichheit - "Alle müssen können dürfen"

8

9 Alle Menschen sollen den chancengleichen Zugang zu Bildung haben. Das ist heute noch lange  
10 nicht die Realität. Die Bildungschancen eines Kindes sind stark abhängig von der Bildung sowie  
11 dem sozialen und ökonomischen Status der Eltern. Ungünstige familiäre Voraussetzungen werden  
12 nur ungenügend ausgeglichen. Wir wollen ein Bildungssystem in dem alle SchülerInnen,  
13 unabhängig von ihrer Herkunft, die selben Startchancen haben.

14

15 Aus diesem Grund muss Bildung kostenlos sein. Damit alle Schülerinnen und Schüler die selben  
16 Zugangschancen haben, müssen alle essentiellen Bildungsressourcen kostenlos zur Verfügung  
17 gestellt werden. Das bedeutet neben Unterrichtsmaterialien auch kostenlose Verpflegung an den  
18 Schulen und die kostenlose Nutzung des ÖPNV.

19

20 Um das Ziel der Chancengleichheit zu erreichen ist die gemeinsame Beschulung aller Schülerinnen  
21 und Schüler notwendig. Das dreigliedrige System reproduziert Ungleichheit und verfestigt  
22 Undurchlässigkeit. Kinder, deren Eltern das Gymnasium besuchten, besuchen meist selbst das  
23 Gymnasium. Kinder, deren Eltern die Hauptschule besuchten, besuchen häufig selbst die  
24 Hauptschule. Somit dient das Gymnasium in erster Linie der Konservierung von Machtstrukturen  
25 innerhalb einer Gesellschaft. Daher fordern wir Jusos eine gemeinsame Beschulung für alle, von  
26 der Kita bis zur Hochschule.

27

## 28 2. Bildung bedeutet Emanzipation

29

30 Für uns stellt Bildung nicht das bloße Anhäufen von Wissen dar. Bildung emanzipiert und bildet die  
31 Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung und soziale Verantwortung. Das Ziel einer guten  
32 Bildung muss es sein, kritische und mündige Individuen hervorzubringen. Kapitalistische Einflüsse  
33 reduzieren Bildung häufig auf die reine Ausbildung zu Arbeitskräften. Wir glauben nur durch  
34 emanzipatorische Bildung und Aufklärung kann man eine gerechte, soziale Gesellschaft schaffen,  
35 fern von Abhängigkeiten und Unterdrückung.

36

37 Die Hochschulen müssen nach dem Bologna-Prozess wieder zum humboldtschen Bildungsideal  
38 zurückkehren und den Studierenden mehr Freiraum in der Entwicklung einer individuellen,  
39 kritischen Forscher- Persönlichkeit einräumen. Da das Bachelor-Mastersystem verstärkt zu einer  
40 reinen Ausbildung von teilakademischen Arbeitskräften verkommen ist.

41

## 42 3. Die Gedanken sind frei! - Bildung muss unabhängig sein

43

44 Wir Jusos glauben nur unabhängige Bildung kann gute Bildung sein. Das bedeutet zum einen die  
45 finanzielle Unabhängigkeit. Diese stellt sicher, dass Bildung losgelöst ist von wirtschaftlichen  
46 Interessen und Einflüssen. Denn Bildung muss Menschen ein selbstbestimmtes Leben  
47 ermöglichen und zum kritischen Denken befähigen. Das geht nur, mit unabhängiger und guter  
48 Bildung!

49

1 Darüber hinaus gehören weltanschauliche sowie religiöse Ansichten nicht ins Bildungssystem. Die  
2 Religionsfreiheit ist ein Grundrecht, deshalb ist es umso wichtiger den SchülerInnen keine  
3 bestimmte Religion zu vermitteln. Die Abschaffung des Religionsunterrichtes würde den  
4 SchülerInnen frei überlassen, ob sie sich einer Religion zuwenden wollen oder nicht. Weiterhin  
5 wird der Religionsunterricht maßgeblich durch Religionsgemeinschaften geprägt und hat dadurch  
6 besonders in Grundschulen weniger etwas mit der freien und wissenschaftlichen Lehre zu tun.  
7 Hierbei handelt es sich mehr um eine Belehrung der SchülerInnen. Dieses widerspricht jedoch im  
8 großen Maße dem jungsozialistischen Verständnis von Bildung. Wir möchten uns dafür einsetzen,  
9 dass Menschen den Zugang zu wissenschaftlichen Darstellungen erhalten und sich daraus ihr  
10 eigenes Bild ableiten. Und zwar frei von einseitigen Darstellungen und dogmatischen Ansichten.  
11 Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung des Religionsunterrichts und die Einführung eines  
12 verpflichtenden Ethikunterricht für alle SchülerInnen.

13  
14 Patriarchale und heteronormative Strukturen beeinflussen alle Ebenen von Politik und  
15 Gesellschaft und damit schlussendlich auch die Bildung. Zu häufig werden klassische Rollenbilder  
16 im Unterricht sowie in den Unterrichtsmaterialien vermittelt. Insbesondere der  
17 Sexualkundeunterricht beschränkt sich in der Regel auf heteronorme und tradierte Familienbilder.  
18 Diese gilt es aufzubrechen. Deswegen wollen wir, dass Homo-, Bi- und Transsexualität im  
19 Schulunterricht thematisiert wird, um so die Akzeptanz für diese Lebensmodelle zu fördern.

#### 20 21 4. Vielfalt heißt Bereicherung - Inklusive Schulen braucht das Land

22  
23 Für uns Jusos ist das ganzheitliche Verständnis für den Inklusionsbegriff essenziell. Inklusion  
24 bedeutet, dass jeder Mensch unabhängig von Alter, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und sexueller  
25 Orientierung gleichberechtigt gesellschaftliche Teilhabe erfahren kann. Häufig wird die Inklusion,  
26 auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung reduziert. Zwar wollen wir  
27 stets auf den ganzheitlichen Inklusionsbegriff aufmerksam machen, trotzdem soll an dieser Stelle  
28 der bedeutsame Teilaspekt vom Lernen mit und ohne Handicap im Vordergrund stehen. Inklusion  
29 im Bildungsbereich bedeutet, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an  
30 qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu können,  
31 unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen. Kinder mit Handicap dürfen nicht länger nur auf  
32 Sonder- und Förderschulen geschickt und so aus der Gesellschaft exkludiert werden. Alle Kinder,  
33 unabhängig von speziellen Lernbedürfnissen, sollten gemeinsam beschult werden, um  
34 voneinander zu lernen und Toleranz für Vielfalt zu entwickeln. Aus diesem Grund fordern wir von  
35 der Landesregierung eine konsequente Umsetzung der inklusiven Pädagogik, denn Inklusion ist  
36 nicht einfach nur eine gute Idee sondern ein Menschenrecht!

#### 37 38 5. Jede/r wie er /sie kann - wie wir uns die Unterrichtsgestaltung vorstellen

39  
40 Die heutige Vielfalt an unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen hat noch keine entscheidende  
41 Berücksichtigung in den Unterrichtsmethoden der öffentlichen Schulen gefunden. Zu oft  
42 bestimmen noch immer Frontalunterricht, Leistungsdruck und ein Mangel an individueller  
43 Beschulung das Bild von öffentlichen Schulen. Wir fordern, dass folgende Ansätze endlich Einzug in  
44 die Unterrichtsgestaltung unserer Bildungseinrichtungen finden:

45  
46 - Unterricht thematisch organisieren

47  
48 Die Fächerstruktur an öffentlichen Schulen ist inkohärent und unflexibel. Häufig fällt es  
49 Schülerinnen und Schülern schwer, die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Fächern  
50 zu erkennen, weil die Fächer bisher unzureichend aufeinander abgestimmt sind. Deshalb fordern  
51 wir den sogenannten Epochenunterricht. Dabei werden bestimmte Themen über einen längeren

- 1 Zeitraum fächerübergreifend unterrichtet, um so die Thematik aus dem Blickwinkel der jeweiligen  
2 Fächer zu beleuchten.
- 3
- 4 - Zieldifferente gemeinsame Beschulung
- 5
- 6 Wir wollen das die Lerninhalte flexibler gestaltet werden, um auf die individuellen Interessen und  
7 Stärken der SchülerInnen einzugehen. Viel zu häufig geht es in den öffentlichen Schulen darum,  
8 sich in erster Linie mit den Schwächen der SchülerInnen auseinanderzusetzen. Es ist jedoch  
9 sinnvoller diesen die Möglichkeit zu geben selbst über ihre Lerninhalte zu entscheiden. Alle  
10 Schülerinnen und Schüler haben unterschiedliche Begabungen und Voraussetzungen. Aus diesem  
11 Grund sollten langfristig jeweils individuelle Lernziele für die Schulkinder formuliert werden.  
12 Zieldifferente Beschulung bedeutet, dass man der Individualität der Lernenden endlich gerecht  
13 wird.
- 14
- 15 - SozialarbeiterInnen als Co-Lehrer
- 16
- 17 Aufgrund der großen Klassengrößen fällt es vielen LehrerInnen schwer individuell auf die  
18 Bedürfnisse ihrer Schüler eingehen zu können. Daher glauben wir, dass durch eine weitere  
19 Lehrkraft die Schülerinnen und Schüler besser betreut werden können. Es  
20 werden SozialarbeiterInnen benötigt, die sich den Problemen junger Menschen stellen und ihnen  
21 helfen sie zu bewältigen. Die SozialarbeiterInnen bilden einen untrennbaren Bestandteil des  
22 pädagogischen Personals einer Schule.
- 23
- 24 - Sitzenbleiben abschaffen
- 25
- 26 Das Sitzenbleiben erhöht den Leistungsdruck auf die Schülerinnen und Schüler enorm und hat in  
27 den meisten Fällen negative Einflüsse auf das Selbstwertgefühl der betroffenen Schülerinnen und  
28 Schüler. Mit dem Leistungsdruck steigt auch der Stress und so leidet schon im Vorfeld der  
29 Lernfortschritt, obwohl man noch nicht sitzengeblieben ist. Doch selbst wenn man dann  
30 sitzenbleibt, ist der Nutzen dieses Konzepts fragwürdig. Dass man nun zweimal den gleichen Stoff  
31 durchnehmen muss und Freunde hat, die nun schon weiter sind als man selbst, obwohl man  
32 vorher mit diesen in einer Klasse war, kann vor allem demotivierende Folgen haben.
- 33
- 34 - Soziales Lernen
- 35
- 36 Wir brauchen individuelle Förderung, die Integration sichert. Dazu gehört soziales Lernen  
37 miteinander und untereinander, auch beispielsweise durch ein gemeinsames Gruppentraing. Die  
38 SchülerInnen sollen lernen in einer Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und solidarisch  
39 miteinander zu lernen und zu leben.
- 40
- 41 - Gestaltung der Lernumgebung
- 42
- 43 Die Lernumgebung sollte altersgerecht und vielseitig gestaltet sein. Eine ansprechende  
44 Lernumgebung kann großen Einfluss auf die generelle Lernatmosphäre haben. Sie erhöht den  
45 Spaßfaktor beim Lernen um ein vielfaches und wäre ungemein motivierend.
- 46
- 47 6. Demokratie hört nicht am Schultor auf – Diktat der LehrerInnen beenden
- 48
- 49 Wir wollen die Eingliederung demokratischer Elemente in den Schulalltag. Dies kann in Form von  
50 Wahlen der KlassensprecherInnen geschehen, wie es bereits praktiziert wird. Aber auch  
51 Entscheidungen über Ausflüge oder erweiternde Unterrichtseinheiten sollen LehrerInnen mit

ihren SchülerInnen auf diesem Wege treffen. Frei, unabhängig und gemeinsam können SchülerInnen so erleben, was eine demokratische Entscheidung ausmacht und bewirkt.

Jedoch sind die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von SchülerInnen landesweit stark eingeschränkt. So werden inhaltliche und organisatorische Entscheidungen an Schulen in allen Gremien von der Gesamtkonferenz bis hin zum Schulvorstand hauptsächlich von der LehrerInnenschaft getroffen, da sie in allen Gremien die Mehrheit stellt. Da Demokratie an den Schulen nicht nur gelehrt sondern auch gelebt werden muss, fordern wir eine Drittelparität zwischen LehrerInnen-, SchülerInnen- und ElternvertreterInnen in Schulvorständen und Gesamtkonferenzen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein generelles Bildungsstreikrecht für SchülerInnen ein.

#### 7. Ich bin mehr Wert als eine Zahl! - warum Noten abgeschafft gehören

Wir Jusos glauben: Zensuren sind keine Motivation zum Lernen. SchülerInnen pauken vielmehr punktuell und einseitig für Tests und nicht weil sie echtes Interesse am Thema haben. Neugier ist der natürliche Grundstein des Lernens, Noten aber ersetzen ihn durch Zwang. Durch Noten als Bewertungssystem werden Leistungen von SchülerInnen verallgemeinert und auf simple Zahlen reduziert. Das hat einerseits den Zweck Leistungen von SchülerInnen in verschiedenen Bereichen möglichst einfach einschätzen zu können, andererseits führt dies zu einer nicht nachvollziehbaren und willkürlichen Vergabe von Noten. Stärken und Schwächen werden hier nicht hinreichend aufgezeigt und können somit nicht spezifisch gefördert werden. Dadurch, dass Noten SchülerInnen besser mit anderen SchülerInnen vergleichbar machen, steigt der Leistungsdruck für diese enorm, da man immer den Anspruch hat, besser als die anderen zu sein. Dies hat zur Folge, dass im Schulalltag der Konkurrenzkampf im Fokus steht, und nicht das Lernen. Ein individuelles Textzeugnis ist als progressive Bewertungsform notwendig, welches eine spezifische Charakterisierung enthält. Dadurch treten Stärken und Schwächen deutlicher heraus, SchülerInnen können besser gefördert werden und Leistungen werden besser eingeschätzt.

#### 8. Flickenteppich überwinden – Bildungsförderlismus abschaffen

Knapp eine Million Kinder, Jugendliche und LehrerInnen ziehen pro Jahr in ein anderes Bundesland um. Die Konsequenzen daraus stellt für beide Gruppen eine unnötig schwierige Situation im Schulalltag dar.

Grund hierfür ist zum einen die länderabhängigen Schulstrukturen: So variiert zum Beispiel der Einstieg in die erste Fremdsprache je nach Bundesland von Klasse 1 bis Klasse 3, die Länge der Grundschulzeit insgesamt kann entweder vier oder sechs Jahre betragen, es gibt in jedem Bundesland unterschiedliche Regelung hinsichtlich der Dauer und des Beginns der Schulpflicht, das Abitur muss man in vielen Ländern in 12 Schuljahren absolvieren, in anderen Ländern ist es auch innerhalb von 13 regulären Schuljahren möglich. Daraus abgeleitet unterscheiden sich natürlich auch die fachbezogenen Lerninhalte je nach Bundesland – und das in allen Jahrgangsstufen. Für uns steht deshalb fest: Der Bildungsförderlismus muss abgeschafft werden. Als ersten Schritt hierfür fordern wir die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern auch im schulischen Bereich.

#### 9. Frühkindliche Bildung

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Hierbei muss vor allem auf die individuelle Entwicklungsgeschwindigkeit der einzelnen Kinder Rücksicht genommen werden. Voraussetzung hierfür ist eine möglichst niedrige Fachkraft-Kind-Relation.

1 Erzieherinnen und Erzieher erfüllen eine bedeutsame Aufgabe in unserer Gesellschaft. Wir  
2 glauben, dass diese Arbeit ein höheres Maß an Anerkennung verdient und fordern eine  
3 Aufwertung des ErzieherInnenberufes z.B durch eine höhere Entlohnung.

4  
5 Der Besuch einer Kindertagesstätte stellt sich aus unserer Sicht für alle Kinder positiv dar, da dort  
6 sowohl wichtige Fähigkeiten für ein soziales Zusammenleben als auch die deutsche Sprache erlernt  
7 werden können. Aus diesem Grund ist der verpflichtende Besuch einer Kindertagesstätte für uns  
8 ein interessantes Konzept. Damit einhergehend ist der Ausbau von Kindertagesstätten  
9 unabdingbar.

#### 10 10. Gute Ausbildung

12  
13 Wir wollen sichere Arbeitsbedingungen für Auszubildende. Auszubildende müssen vor  
14 Überforderung, Überbeanspruchung und vor den Gefahren am Arbeitsplatz geschützt werden. Aus  
15 diesem Grund fordern wir das, dass Jugendarbeitsschutzgesetz gestärkt wird. Auch muss eine  
16 wirkungsvolle Interessenvertretung und Mitbestimmung der Auszubildenden und jungen  
17 Beschäftigten gewährleistet werden. Gute Ausbildung heißt auch immer eine gerechte  
18 Entlohnung, um selbstbestimmt zu leben. Deshalb fordern wir weiterhin eine ausreichend hohe  
19 Ausbildungsvergütung ein. Zusätzlich stehen wir ein für eine Übernahmegarantie. Denn anstelle  
20 des Starts ins Arbeitsleben bedeutet eine abgeschlossene Ausbildung für viele junge Menschen  
21 lediglich den Start in eine ungewisse Zukunft. Leiharbeit, befristete Verträge und schlecht bezahlte  
22 Jobs bedrohen die AbsolventInnen. Damit sichergestellt werden kann, dass genug  
23 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen fordern wir weiterhin eine Umlage für alle Unternehmen  
24 die nicht ausbilden. Die Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen eine Ausgleichszahlung an  
25 ausbildende Unternehmen entrichten. Das bedeutet: Wer nicht ausbildet wird umgelegt!